Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 204 — Gelsenkirchen, Dienstag, den 2. September 1930 — 12. Jahrgang



Bruderkrieg im Nazilager

20000 oppositionelle SA-Leute — Hitler in Berlin, um den Streit zu schlichten

Berlin, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Ueberfall auf das Berliner Gaubüro der Nationalsozialisten ist, wie sich jetzt herausstellt, nicht von den Leuten der Strasserrichtung, sondern vielmehr von den nationalsozialistischen Sturmabteilungen verübt worden, die, wie gemeldet wird, in offener Revolte gegen ihre eigene Parteileitung stehen.

Ein Trupp der SA.-Leute wollten auf Befehl ihres Führers Stennes das Büro besetzen und stieß dabei auf den Widerstand der dort befindlichen, zur Parteileitung haltenden Wache. Er schlug diese nieder und hauste in den Büroräumen in barbarischer Weise. Sämtliche Bänke und Stühle wurden zerbrochen, die Akten zerrissen und sämtliche Fensterscheiben und Türen vollkommen demoliert. Die Büroräume gleichen heute einem Trümmerhaufen.

Der Ueberfall entspringt der Unzufriedenheit der SA.-Leute mit der Parteileitung, die kein Geld für die SA. herausrücken will und deren Führer auch sonst benachteiligt. Hitler ist heute in aller Eile in Berlin eingetroffen, um den Streit zu schlichten. Er dürfte damit aber um so weniger Erfolg haben, als sich der Konflikt nicht auf Berlin beschränkt. Hinter Stennes stehen nicht nur die Berliner SA.-Abteilungen, sondern auch die sächsischen und die süddeutschen SA.-Abteilungen haben sich mit seinem Vorgehen solidarisch erklärt. Insgesamt kann sich Stennes auf ungefähr 20000 oppositionelle SA.-Leute stützen. Die Forderungen der oppositionellen SA.-Abteilungen sind u. a.: Finanzielle Unterstützung der SA.-Arbeit, unbedingte Abstellung der Bonzen- und der Mißwirtschaft in der Partei, Aufstellung von SA.-Leuten zur Reichstagswahl, Sicherung gegen reaktionäre Einflüsse in der Partei und anderes mehr. Unter dem Drucke der geschlossenen Opposition haben sich Oebbels und Hitler schon bereit erklären müssen, einigen Forderungen nachzukommen. Aber auch das wird nichts helfen und den endgültigen Verfall der Nationalsozialisten nicht aufhalten können. Zahlreiche Abteilungen marschieren bereits geschlossen zu den Kommunisten ab. So wurde heute von der Sturmabteilung 9 der Berliner Nationalsozialisten Handzettel in den Straßen verbreitet, in denen es zum Schluß heißt:

Deutsche Volksgenossen! Am 14. September keine Stimme den Verrätern am nationalen Sozialismus. Keine Stimme für Liste 9! Heraus aus der Nationalsozialistischen Partei! Wir stimmen nicht in allen Fragen mit den Kommunisten überein, aber wir werden dennoch auf Grund ihres in den letzten Tagen veröffentlichten Wahlprogramms ihnen unsere Stimme geben!"

Damit zeigt sich wieder einmal, daß von den Nazis zu den Kozis nur ein Schritt ist.

Endlich!

Brüning schüttelt Treviranus ab

Reichlich spät, viel zu spät, hat sich Reichskanzler Dr. Brüning entschlossen, von den außenpolitischen Redereien seines Kollegen Treviranus abzurücken. Er hat am Sonntag in Trier eine Wahlrede gehalten, die sich vor allem mit den Problemen der Außenpolitik beschäftigte und die offenbar eigens zu dem Zweck gehalten wurde, den allzu redefreudigen „Seekadetten" vor der ganzen Welt zu desavouieren. Anders läßt sich die Stelle nicht deuten, in der der Reichskanzler ausführte:

„Das Schicksal unseres Volkes in Abenteuer irgendwelcher Art zu verstricken, kann keinem verantwortlichen deutschen Staatsmann in den Sinn kommen. Ich sollte denken, daß der Herr Außenminister und ich, die wir verfassungsmäßig für die Führung der Außenpolitik allein verantwortlich sind, in unsern Personen die Gewähr dafür bieten, daß von solchen Abenteuern keine Rede sein kann."

Das ist ein Rüffel, wie man ihn nicht deutlicher wünschen konnte, obwohl Herr Treviranus darin nicht ausdrücklich genannt wird. Interessant ist insbesondere das direkte Eingeständnis, daß die Person des Herrn Treviranus die Gewähr für die Nichtverstrickung des deutschen Volkes in außenpolitische Abenteuer nicht biete.

Zur selben Stunde, in der Dr. Brüning in Trier den verhängnisvollen Eindruck der außenpolitischen Husarenritte eines Kapitänleutnants a. D. wieder gutzumachen bemüht war, fanden wie bereits berichtet in ganz Polen große Protestkundgebungen gegen Deutschland statt, verursacht eben durch die leichtsinnigen Reden von Treviranus.

Die bedauerlichen Vorkommnisse in Polen beweisen, daß die Desavouierung von Treviranus viel früher hätte erfolgen sollen. Sie zeigen im übrigen mit aller Deutlichkeit, daß es Herrn Treviranus mangels einer anderen ministeriellen Leistung seit seiner Ernennung zum Mitglied des Reichskabinetts gelungen ist, die deutsche Außenpolitik schwer zu schädigen.

*

Die Kundgebungen in Lodz

Warschau, 1. Sept. (Drahtmeldung.) In Lodz eingezogene Nachrichten lassen erkennen, daß die gestrigen Kundgebungen vor dem deutschen Konsulat einen ernsteren Charakter getragen hoben, als die polnische Presse gemeldet hat. Da sich gegenwärtig beim Konsulat eine Baustelle befindet, benutzten die Demonstranten die umherliegenden Steine, um das Gebäude ausgiebig zu bewerfen. Die Fenster waren durch Rolläden geschützt, so daß hier kein Schaden angerichtet werden konnte, jedoch wurde das als Hoheitszeichen ausgehängte Schild des Konsulats beschädigt. Einige Demonstranten versuchten sogar, in das Innere des Gebäudes einzudringen. Daran wurden sie jedoch von der Polizei gehindert. — Der Krakauer Illustrierte Kurier weiß ferner zu melden, daß während des Angriffs der Demonstranten auf das Konsulat ein Polizeikommissar und 19 Schutzleute durch Steinwürfe verletzt wurden.

In Budapest fließt Arbeiterblut

Gewehrsalven gegen demonstrierende Arbeiter - Zwei Tote

Budapest, 1. Sept. (Eig. Drahtber.)

Am heutigen Montag ist in Budapest wieder einmal Blut geflossen. Die Polizei, die Gendarmerie und das Militär der reaktionären Bethlen-Regierung haben sich auf die unbewaffneten Arbeiter gestürzt, die in einer friedlichen Kundgebung gegen das unerträgliche Elend demonstrieren wollten. Zwei Arbeiter wurden durch die Polizei getötet, zehn schwer und etwa 400 leicht verletzt. Die Demonstration war um 11 Uhr vormittags angesetzt, aber schon um 8 Uhr morgens zeigten die Straßen ein außerordentlich lebhaftes Bild.

Vor den Fabriken sammelten sich Tausende von Arbeitern.

Sie begannen sofort zu demonstrieren. Da die Arbeitgeber die Fabriktore geschlossen hielten, war ein Teil der Straßen der Innenstadt schon um 10 Uhr mit Arbeitern angefüllt. An der Spitze der Züge marschierten die führenden Persönlichkeiten der ungarischen Sozialdemokratie. Bald kam es zu den ersten Zusammenstößen mit der Polizei, deren Präsident nach einer Unterredung mit dem Innenminister den Befehl gegeben hatte, die Demonstration unter allen Umständen zu verhindern. Die Beamten gingen zunächst mit Gummiknüppeln vor. Gegen 11 Uhr vormittags wurden zwei Tanks und zahlreiche Panzerautos mit Maschinengewehren gegen die waffenlosen Demonstranten eingesetzt. Die Erregung der Massen nahm von Stunde zu Stunde zu. Immer wieder ging die Polizei mit Gummiknüppeln und blanken Säbeln gegen sie vor und vereinzelt wurden auch Salven abgegeben. Das eigentliche Blutbad wurde jedoch erst später am Eingang zum Stadtwäldchen angerichtet. Als die von der Polizei auseinandergetriebene Menge sich plötzlich von zwei Seiten angegriffen sah, flüchtete sie in ein Restaurant im Stadtwald. Die Demonstranten waren auf Aufforderung der sozialdemokratischen Führer bereits im Begriff, zurückzukehren, als die Polizei von allen Seiten angriff und die Massen stundenlang hin und her hetzte, bis sie sich schließlich mit Stühlen und Tischbeinen zur Wehr setzten. Berittene Polizei schlug die Massen auseinander und schließlich wurde sogar Militär eingesetzt. Zwei Arbeiter büßten hierbei ihr Leben ein. Der eine starb an den Folgen einer Schußverletzung, der andere büßte durch einen Säbelhieb über den Kopf sein Leben ein.

Erst am späten Nachmittag war die Ruhe wieder hergestellt. Alle Sensationsmeldungen, die teils von der Polizei, teils von der bürgerlichen Presse verbreitet werden und wonach die Demonstranten Geschäfte geplündert hätten, sind vollkommen unwahr. Auch ist es nicht richtig, daß während der Demonstration die Kommunisten die Führung an sich gerissen hätten. Die Demonstranten verhielten sich überall sehr diszipliniert. Es ist allein die Schuld des brutalen Vorgehens der Polizei, daß es zu Blutvergießen kam. Nur an einigen Stellen ereigneten sich Ausschreitungen der Demonstranten. So wurde infolge eines Mißverständnisses ein Budapester demokratischer Abgeordneter und Arzt mißhandelt.

Die neueste Lüge

der Zentrumspresse

gegen die Sozialdemokratie ist betitelt: „Sozialdemokratische Heuchelei", die in folgendem bestehen soll: „Im Reichstag, wo es Aufsehen erregte, beantragten die Sozialdemokraten die Festsetzung einer Höchstpension von 12000 Mark. Im Reichsrat, wo man es nicht merkt, ließen sie dann durch Preußen gegen ein solches Gesetz Einspruch erheben."

Die Behauptung vom Einspruch Preußens gegen die Höchstpension ist frei erfunden und deshalb kann zu ihrer Charakterisierung kein Wort scharf genug sein. Ein Gesetzentwurf, von dem in der Zentrumslüge gesprochen wird, hat dem Reichsrat bisher überhaupt nicht vorgelegen. Ferner wird die preußische Regierung, wie wir erfahren, auch gegen den neuen Pensionsgesetzentwurf der Reichsregierung keinen Einspruch erheben, sondern ihn unterstützen. Damit wird die angebliche sozialdemokratische Heuchelei eine niederträchtige Verleumdung der Sozialdemokratie durch die Zentrumspresse.

Hausfrauen, habt acht!

347 Mark im Jahr

Die Steuerbelastung im Arbeiter-Haushalt

Wieviel Steuern die Hausfrau zu zahlen hat, ist nicht so einfach zu berechnen; denn die Hausfrau muß die sogenannten indirekten Steuern entrichten.

Da ist zunächst die

Umsatzsteuer.

Sie beträgt zur Zeit 0,85 Prozent des Warenpreises; aber sie wird von der Ware mehrmals erhoben. So beträgt z. B. die Umsatzsteuer beim Brot nicht 0,85 Prozent sondern etwa 3 bis 4 Prozent. Denn die Umsatzsteuer wird erhoben, wenn der Bauer sein Getreide verkauft, wenn der Müller sein Mehl an den Großhändler weiterverkauft, wenn der Großhändler das Mehl an den Zwischenhändler abgibt, wenn der Zwischenhändler das Mehl an den Bäcker liefert und schließlich wenn der Bäcker das Brot an die Hausfrau verkauft. Die Umsatzsteuer wird also nicht weniger als fünfmal von demselben Erzeugnis erhoben und jeder Verkäufer hat das Recht, sie auf den Käufer abzuwälzen. Die Hausfrau als letzter Käufer muß also im Preis des Brotes die Umsatzsteuer des Landwirts, des Müllers, des Mehlhändlers und des Bäckers mitbezahlen. Wie es beim Brot ist, ist es bei allen anderen Waren, so daß die Umsatzsteuer eine der drückendsten Steuern ist, die wir kennen.

In einer fünfköpfigen Familie gibt die Hausfrau nach den amtlichen Erhebungen des Reichsstatistischen Amts wöchentlich rund 4,70 Mark für Milch, Butter und Käse aus. Sie entrichtet dabei, was ihr wohl selten klar wird, eine Umsatzsteuer von 14 Pfennigen. In den 4,85 Mark, die die Hausfrau für Brot und Backware wöchentlich für ihre Familie ausgibt, stecken 17 Pfennige Umsatzsteuer, in den 6,55 Mark für Margarine, Schmalz, Nährmittel, Teigwaren, Zucker, Eier, Kaffee, Tee und Kakao 20 Pfennige und in den 6,70 Mark für Fleisch und Wurstwaren ebenfalls 20 Pfennige Umsatzsteuer. In dem Betrag von 3,75 Mark, der für Kartoffeln, Gemüse und Obst verwandt wird, werden an Umsatzsteuer 10 Pfennige gezahlt. Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und Wäsche unterliegen ebenfalls der Umsatzsteuer. Nach den amtlichen Feststellungen beträgt die Ausgabe für Heizung und Beleuchtung wöchentlich 2,40 Mark, worauf mindestens 5 Pfennige Umsatzsteuer entfallen, während die Ausgaben für Bekleidung und Wäsche wöchentlich 8 Mark ausmachen, worin die Umsatzsteuer mit 32 Pfennigen enthalten ist. Zusammen mit einigen Kleinigkeiten gibt also unsere Hausfrau Woche für Woche 37,85 Mark für Nahrungsmittel, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung aus und hat dabei 1,20 Mark Umsatzsteuer zu zahlen.

Eine Reihe von Waren ist einer besonderen Steuer, der sogenannten

Verbrauchssteuer

unterworfen. Auch diese Steuer wird, wie die Umsatzsteuer, vom Verkäufer verauslagt, aber von der Hausfrau, die der letzte Käufer ist, im Warenpreis mitbezahlt. Verbrauchssteuern sind die Zuckersteuer, die Steuern auf Essig, Zündwaren und Leuchtmittel. Hier bezahlt die Hausfrau für eine fünfköpfige Familie in der Woche etwa 20 Pfennige. Auch in den Preisen für Elektrizität, Gas und Wasser ist eine besondere Steuer enthalten. Da die Gemeinden durch die Erwerbslosigkeit und durch die Schuld der bürgerlichen Parteien in große finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sind sie fast alle gezwungen, durch ihre Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke hohe Abgaben zu erheben. Diese Abgaben werden, wie die indirekten Steuern, in die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserpreise eingerechnet und müssen vom Verbraucher, also wiederum von der Hausfrau, gezahlt werden. Die Steuer, die die Hausfrau auf diese Weise entrichten muß, kann man wöchentlich auf etwa 70 Pfennig schätzen.

Die wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel sind weiter

mit hohen Zöllen belegt,

die dem Reich zwar große Einnahmen verschaffen, aber die Preise in die Höhe treiben. Diese Zölle entrichtet die Hausfrau wie die Umsatzsteuer und die Verbrauchssteuer. Ob sie Mehl oder Brot, Butter oder Schmalz, Kaffee oder Kakao, Eier oder Käse kauft, überall zahlt sie Preise, die durch die Zölle erhöht sind. Den Betrag, mit dem die Hausfrau auf diese Weise Woche für Woche zu den Reichseinnahmen beisteuernt, wird man auf 2 Mark annehmen können. Das ist die Belastung, die der Verbraucher zugunsten des Reiches zu tragen hat. Hohe Zölle bedeuten aber hohe Preise. Wie hoch die Belastung, die auf Grund der durch Zölle in die Höhe getriebenen Preise entsteht, ist, entzieht sich der Berechnung. Sie dürfte ein Vielfaches der direkten Zollbelastung ausmachen.

Machen wir uns ein Bild, wie hoch die Belastung insgesamt ist. Die Hausfrau hat für eine fünfköpfige Familie pro Woche 37,85 Mk. Waren eingekauft und dabei 4,10 Mk. an Steuern und Zöllen entrichtet. Das ergibt eine direkte Steuerbelastung von rund 214 Mk. im Jahr. Dazu kommen die Steuern, die der Familienvater zu entrichten hat. Die Lohnsteuer allein beträgt 1,45 Mk. pro Woche. Weiter zahlt der Mann indirekte Steuern, wenn er Tabak und Alkohol kauft. Die Tabaksteuern dürften wöchentlich 60 Pfennige ausmachen. Die gesamte Steuerleistung des Mannes beträgt wöchentlich also 2,55 Mk. oder 133 Mk. jährlich. Mithin beläuft sich die Gesamtbelastung des Arbeiterhaushalts auf 347 Mk. Das sind bei einem Einkommen von 3300 Mk. mehr als 10 Proz.

Die Sozialdemokratie

hat seit jeher alle Kräfte angespannt, um die indirekten Steuern, die den lebensnotwendigen Verbrauch belasten, zu beseitigen oder wenigstens zu ermäßigen. Sie hat die Senkung der Umsatzsteuer von 2½ Proz. auf 3 Proz. durchgesetzt, sie hat die Halbierung der Zuckersteuer und die Beseitigung der Salzsteuer erreicht. Im Finanzprogramm des Sozialdemokraten Hilferding war die völlige Aufhebung der Zuckersteuer vorgesehen. Die Regierung Brüning dagegen hat die wenigen Monate, die sie im Amte ist, dazu benutzt, um die indirekten Steuern und damit die Steuerlast der Hausfrau zu erhöhen. Sie hat die Umsatzsteuer wieder von 0,75 Proz. auf 0,85 Proz. heraufgesetzt. Sie hat die Sonderumsatzsteuer für die Warenhäuser und Konsumvereine eingeführt, um den Hausfrauen jede billigere Einkaufsmöglichkeit zu nehmen. Sie hat die Mineralwasser besteuert und sie hat schließlich die Zölle in einem Ausmaß erhöht, dessen Wirkungen auf die Preise überhaupt noch nicht abzusehen sind. Schließlich hat die Regierung Brüning ihre volksfeindliche Steuerpolitik durch Einführung der Kopfsteuer und der Krankenschein- und Arzneigebühr gekrönt.

Geht die Regierung des Bürgerblocks am 14. September mit Erfolg aus dem Wahlkampf hervor, so weiß man, was sie plant. Alle Erleichterungen, die die Sozialdemokratie in jahrelangen Kämpfen bei den Massensteuern erreicht hat, werden nach und nach wieder beseitigt und neue drückende Lasten werden den breiten Massen auferlegt werden. Die Hausfrau als Steuerzahler hat das dringendste Interesse, daß das nicht geschieht. Will sie verhindern, daß sie in Zukunft noch mehr als bisher von ihrem kargen Wirtschaftsgeld an Steuern entrichten muß, dann muß sie am 14. September

sozialdemokratisch wählen!

Aufruf des ADB

Die Beamten stimmen für Liste 1

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erläßt einen Aufruf an die Beamten zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. In diesem Aufruf heißt es:

Noch kein Wahlkampf hat so überzeugend und eindeutig erwiesen, daß die wirtschaftlichen, sozialen, steuer- und finanzpolitischen Forderungen der Gewerkschaften und Parteien entweder stark miteinander übereinstimmen oder sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. . . . Darum stehen wir auch in diesem Wahlkampf, in dem es sich darum handelt, ob der Arbeitnehmerschaft der in der Republik errungene Einfluß auf Staat und Gesellschaft wieder genommen werden soll, — ob in der Demokratie sich eine plutokratisch-kapitalistische Interessenwirtschaft etablieren, oder das schaffende Volk den Ausschlag geben soll,

Seite an Seite mit den freien Gewerkschaften

der Arbeiter und Angestellten. Unbeschadet des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von allen politischen Parteien halten wir es für unsere Pflicht, die Beamten davor zu warnen, ihre Stimmen zu zersplittern, so daß sie sich gegenseitig aufheben. Die Beamtenstimmen müssen vielmehr einheitlich in die politische Wagschale geworfen werden.

Allen Beamten, die die Herrschaft dieses Bürgerblocks zerschlagen wollen, um eine Politik des Aufbaues, der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit zu ermöglichen, um die sozialen und rechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums zu wahren und die Rückrevidierung der Besoldungsordnung zu verhindern, bleibt nichts anderes übrig, als ihre Stimmen

allein der Sozialdemokratie

zu geben, auch wenn sie sich weltanschaulich und politisch nicht zu dieser Partei bekennen sollten. Denn nur durch Stärkung der Sozialdemokratie können die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag so verschoben werden, daß die Bildung einer rein bürgerlichen Koalition unmöglich gemacht wird.

Diese Wahl stellt wie keine andere an die staatspolitische Reife des deutschen Volkes und der Beamtenschaft im besonderen, die höchste Anforderung. Es handelt sich jetzt nicht darum, weltanschauliche Bekenntnisse abzulegen; es handelt sich vielmehr darum, die politische Macht, die jedem einzelnen von uns durch die Verfassung gegeben ist, auch auszuüben. „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!" heißt es in der Verfassung. Bilden wir jetzt eine Staatsgewalt, die nicht gegen uns, sondern mit uns ist, eine Staatsgewalt aus der Mehrheit des schaffenden Volkes heraus.

Das Stempellied

Wahltag ist Zahltag! Das ist ein altbewährter Grundsatz, der auch in der Auseinandersetzung zwischen dem Besitz-Bürgertum und den Arbeitslosen seine Geltung hat.

An diesem Zahltag muß an eines der übelsten Pamphlete erinnert werden, das in Nr. 19 der „Arbeitgeber-Zeitung" — mitten im tiefsten Winter — erschienen ist und eine der übelsten Verleumdungen der Arbeitslosen darstellt.

Man muß sich dieses „Stempellied" gerade in diesen Tagen förmlich auf der Zunge zergehen lassen.

Stempellied.

Leben ist jetzt ein Vergnüge
Hier auf dieser schönen Welt?
Ist der Ausweis uns gestempelt,
Dann erhält man auch sein Geld.

Warum soll man da noch schuften,
Wenn das Nichtstun wird bezahlt?
Mögen Dumme schwitzen, pusten,
Ob es warm ist oder kalt.

Darum, liebe Stempelbrüder
Macht euch keine Sorgen mehr!
Pflicht des Staates ist's zu sorgen
Für den Stempelpensionär.

60 Millionen Einwohner haben wir in Deutschland. Davon sind 35 Millionen Frauen. Bleiben 25 Millionen Männer. Von diesen 25 Millionen sind 30 Prozent Kinder und Greise abzuziehen. Bleiben 17 Millionen. Davon sind tätig als Beamte, in der Landwirtschaft und in den freien Berufen 9 Millionen.

Bleiben 8 Millionen Arbeiter und Angestellte der Industrie! Davon werden nach vorsichtigen Schätzungen im kommenden Winter 4 Millionen ohne Arbeit sein!

Jeder zweite Industriearbeiter und Angestellte singt also nach Auffassung des Verfassers dieses Stempellied!

Jeder zweite Industriearbeiter und Angestellte betrachtet danach es als ein Vergnügen, stempeln zu gehen und sich sein Nichtstun bezahlen zu lassen.

Hier gibt es nur eine Antwort:

Wählt Liste 1!



Am 31. August wurde die Schöpferin des bekannten neuen Erziehungssystems, Maria Montessori, 60 Jahre alt.

Die Osthilfe

10 Millionen von Preußen

Berlin, 1. Sept. (Drahtmeldung.) Für die Zwecke der Osthilfe steht aus Etatsmitteln des Reiches ein Betrag von 8,3 Millionen Reichsmark und aus Etatsmitteln Preußens ein Betrag von 10 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Davon sollen jedoch zunächst nur rund 10 Millionen RM. zur Ausschüttung gelangen. Der Rest bleibt zur Verhütung des Zusammenbruches notleidender Kommunen und für unvorhergesehene Fälle, die sich etwa während des Herbstes und des kommenden Winters noch ereignen können, einstweilig zurückgehalten. Für Wege- und Brückenbauten werden etwa 4,2 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Kleinbahnbauten und Verbesserungen bestehender Kleinbahnen sollen mit etwa 1,3 Millionen RM. unterstützt werden. Für Kanalisationen und Wasserleitungen ist rund 1 Million RM. vorgesehen. Für Krankenhaus-Neubauten und Umbauten, für Errichtungen von Säuglingsheimen, Altersheimen, Kinderkrippen und Wohlfahrtshäusern werden etwa 2 Millionen RM. aufgewendet. Auf Schulbauten entfallen rund 900 000 RM. Außerdem sollen durch Hergabe von insgesamt 600 000 RM. noch Verkehrsunternehmungen, Büchereien und sonstige Zwecke gefördert werden.

Es kommen für die Grenzhilfe in Erbrecht die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Posen, Westpreußen, Oberschlesien, die an der Ostgrenze gelegenen Teile der Provinz Niederschlesien, sowie die Regierungsbezirke Köslin und Frankfurt a. O. Ferner will Preußen noch weitere Teile der Provinz Niederschlesien und die Grenzkreise des Regierungsbezirks Schleswig bedenken.

Sechs Wochen Gefängnis

für Dr. Göbbels

Berlin, 1. Sept. (Eigene Meldung.) Das Schöffengericht Charlottenburg hatte sich heute mit dem Strafverfahren gegen den nationalsozialistischen Führer Dr. Göbbels wegen öffentlicher Beleidigung des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und übler Nachrede, begangen durch mehrere Artikel in der Zeitung „Der Angriff", zu beschäftigen. Das Gericht verurteilte nach dreistündiger Beratung den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Sämtliche Exemplare der Nummer „des Angriffs" werden eingezogen. Den beleidigten Polizeivizepräsidenten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Nr. 204 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 2. September 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Mit dem Rüstzeug der Barbaren

In einem unserer schönsten Kampflieder, dem „Sozialistenmarsch", heißt es in der dritten Strophe:

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint und Speer nicht kämpfen wir,
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier."

Die Erkenntnis, die in diesen Versen liegt, sie ist wohl Allgemeingut in unseren Reihen, ihr verschließen sich überhaupt nur solche Menschen, die entweder zu töricht sind, um zu erkennen, daß Gewaltmethoden ungefähr das Aussichtsloseste wären, womit der heutigen Menschheit Hilfe gebracht werden könnte, oder die so mit Bosheit und Niedertracht geladen sind, daß sie selbst ein grinsendes Wohlbehagen bei Taten der Zerstörung von toten Gegenständen oder der Schädigung von Mitmenschen an Leib und Leben empfinden. Anders ist es wohl nicht zu erklären, wenn wir hören, daß unser Reichsbannerkamerad Georg Petersdorff nach einer Versammlung am Sonntag von Gegnern so übel zugerichtet wurde, daß er jetzt durch Stiche schwer verletzt in Duisburg im Krankenhause liegt. Oder wer wüßte wohl andere Motive für die rüpelhaften Angriffe des berüchtigten KPD.-Mannes Krauskopf auf zwei aus Bochum kommende Reichsbannerkameraden? — Auf demselben Gebiet liegt das zerstörungswütige Handeln, dem in der Nacht von Sonntag zu Montag die große Fensterscheibe der Buchhandlung unseres „Volkswillen" zum Opfer fiel. Mit einem Ziegelstein, der am Morgen von unserem Buchhändler gefunden wurde, ist diese mächtige Scheibe, wenn auch nicht völlig zerschlagen, so doch derart heftig durchschlagen worden, daß riesige Sprünge von der Einwurfstelle aus sich sternförmig durch die ganze Scheibe zogen. **Was sollte diese Tat?** Sie war lediglich ein **Kennzeichen politischen Rowdytums.** Denn materiell konnte durch sie der „Volkswille" nicht geschädigt werden, ist es doch selbstverständlich, daß unsere Parteiunternehmen gegen derartige Anschläge versichert sind. Die lieben Gegner müssen also schon nach anderen Methoden suchen, wenn sie glauben, uns, die sie hassen, ernsthaft gefährden zu sollen.

Wie wissen, nach welchen Richtungen hin wir die Feinde eines aufstrebenden Unternehmens der Arbeiterschaft zu suchen haben,

und daher ist wohl unser Aufruf in dem zerstörten Schaufenster richtig, der sich gegen die Leute wendet, die da mit dem Rüstzeug der Barbaren arbeiten, die da weiter nichts sind, als elende Hetzer, und denen am 14. September nur dadurch die richtige und kräftigste Antwort gegeben werden kann, wenn alle, die guten Willens und wachen Geistes sind, die Parole befolgen:

Wählt Sozialdemokraten! Wählt Liste 1!

KPD.-Krauskopf überfällt RB.-Kameraden

Am Sonntag kamen die Reichsbannerkameraden Stein und Johann Heckmanns (ein Sohn des verstorbenen Franz Heckmanns) von der Wahlkundgebung aus Bochum zurück. Sie gingen, um nach Hause zu gelangen, im Stadtteil Ueckendorf durch die Bergmannstraße. Dort stießen sie auf den als sehr streitsüchtig bekannten KPD.-Mann Krauskopf. Er fragte sie höhnisch nach dem Verlauf der Kundgebung in Bochum und versuchte, mit ihnen anzubändeln. Als die beiden sich auf nichts einließen und weitergehen wollten, schlug Krauskopf ohne weiteres auf Heckmann ein, so daß seine Brille entzweiging und er am Auge verletzt wurde. Dem Reichsbannerkameraden Stein schlug er derartig ins Gesicht, daß die Tabakpfeife, die er zwischen den Zähnen hielt, mit solcher Wucht in eine Fensterscheibe hineinfiel, daß diese zertrümmert wurde. — Die beiden Reichsbannerkameraden mußten flüchten, weil Krauskopf moskowitische Verstärkung bekam. — Im Anschluß an diese Heldentaten versuchte Krauskopf noch in einer Gastwirtschaft Streitereien zu entfesseln. Schließlich mußte die Polizei eingreifen.

Vom Bau gestürzt. Bei den Neubauarbeiten für das katholische Aloysianum stürzte gestern nachmittag gegen 16 Uhr der Bauarbeiter Friedrich Schmollick aus Kray von der zweiten Etage in den Aufzug. Er war gerade im Begriff, eine Schubkarre auf die Plattform des Aufzugs zu schieben, als der Maschinist, der sich mit dem Polier in einem Gespräch befand, den Aufzug in Bewegung setzte, so daß erst die Karre und mit ihr Schm., der das Uebergewicht bekam, hinabstürzte. Der Verletzte der im ersten Augenblick besinnungslos war, wurde ins Martenhospital übergeführt. Es hat den Anschein, als ob die Verletzungen, besonders am Rücken, nicht allzu schwerer Natur sind. Zu ernsteren Bedenken ist vorläufig kein Anlaß.

Handtasche verloren! Auf der Propagandafahrt der Radler hat die jugendliche Radlerin Loni Hüttebreuker ihre Handtasche verloren. Es wird gebeten, die Handtasche gegen Belohnung im „Volkswillen" abzugeben.

Eine blöde Tat. In der Nacht vom Sonntag zum Montag, und zwar wahrscheinlich gegen 0.30 Uhr, wurde an der Buchhandlung „Volkswille" in der Ringstraße eine große Schaufensterscheibe durch Steinwurf zertrümmert. Offenbar liegt ein Racheakt vor. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur. Angaben zur Sache, die vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei in Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße, Zimmer Nr. 31, entgegen.

STADTTEIL BUER

Blutige Wirtshausschlägerei

Heinrich Zysk, Horster Straße 175, und Wilhelm Seik, Adlerstraße 2a, erlitten in der Wirtschaft Möllmann bei einer Schlägerei schwere Kopfverletzungen. Bierkrüge, Stöcke und Messer hatten als „Waffen" gedient. Die beiden Leute wurden zunächst zur Polizeiwache und von da durch die Rettungswache zum Marienhospital gebracht.

Neue Wege des Verkehrs

Eine neue D-Zug-Verbindung durch das Vest nach Berlin. Direkte Zugverbindung Essen — Bottrop — Gladbeck West Buer Nord — Recklinghausen — Haltern.

Zu dem bevorstehenden Eingehen des vestischen D-Zugpaares, das mit dem Inkrafttreten des neuen Winterfahrplans eingezogen wird, erfahren wir, daß alle Bemühungen der interessierten Verkehrsverbände, das D-Zugpaar zu erhalten, angesichts der unnachgiebigen Haltung der Reichsbahn vergeblich gewesen sind. Um die schwere Verkehrsschädigung, welche die an der bisher von dem D-Zugpaar berührten Strecke liegenden Gemeinden erleiden, wieder gutzumachen, geht jetzt das Bestreben der Verkehrsverbände dahin, an Stelle des eingehenden D-Zugpaares, dessen Linienführung über Münster, Osnabrück nicht gerade als sehr glücklich anzusehen war, eine neue D-Zugverbindung durch das Vest zu schaffen, und zwar von Duisburg bzw. Oberhausen über Bottrop, Gladbeck West, Buer Nord, Recklinghausen, Lünen nach Hamm und von dort aus auf der alten Köln-Mindener Strecke weiter über Bielefeld, Hannover direkt nach Berlin. Zweifellos würde eine derartige direkte Verbindung über Hamm manchen Berlinfahrer mitnehmen, der, solange das vestische D-Zugpaar verkehrte, diese Züge wegen des umständlichen Aufenthaltes und Umrangierens in Osnabrück mied und lieber nach Altenessen bzw. Essen, Gelsenkirchen oder Wanne fuhr, um dort einen Zug der Köln-Mindener Strecke zu erreichen. Falls die Reichsbahn wegen der Spitzkehre auf dem Recklinghäuser Hauptbahnhof bezüglich der Linienführung Bedenken äußern sollte, so bliebe immer noch der Ausweg übrig, den Zug von Herten aus unter Vermeidung des Recklinghäuser Hauptbahnhofs direkt über den Bahnhof Recklinghausen Ost zu führen, wodurch dann jeder größere Aufenthalt und vor allen Dingen jedes Umrangieren vermieden werden würde.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt man jetzt in den Kreisen der Verkehrsverbände des Industriegebiets der Aufgabe, eine direkte Reichsbahnverbindung von Essen durch das Vest, also über Bottrop, Gladbeck West, Buer Nord, Recklinghausen nach Haltern zu schaffen, um auf diese Art und Weise dem Sonntags- und Ausflüglerverkehr einen neuen, bequemen Weg zum Erholungsgebiet des Bezirks Haltern zu eröffnen. Da die direkte Verbindung von Essen über Bottrop, Gladbeck nach Recklinghausen seit langem besteht, dürfte es keinerlei Schwierigkeit bereiten, wenigstens im Sommerfahrplan 1931 den Versuch mit besonderen durchgehenden Zügen auf der genannten Strecke zu machen. Irgendwelche technische Schwierigkeiten bestehen hierbei auch auf dem Recklinghäuser Hauptbahnhof nicht, da die Züge direkt nach Sinsen—Haltern weitergeleitet werden können. Angesichts des starken Zustroms, den das Halterner Erholungsgebiet sowohl aus Essen als auch aus dem ganzen Vest findet, dürfte eine derartige Zugverbindung für die Reichsbahn unbedingt lohnend sein, da bisher der Verkehr nach Haltern nur durch Umsteigen in Recklinghausen oder Herwest-Dorsten möglich war. Es wäre zu wünschen, daß die Bemühungen des Vestischen Verkehrsverbandes, die auf eine derartige Zugverbindung hinzielen, möglichst bald einen positiven Erfolg zu verzeichnen haben.

Professor Dr. Nölting (Berlin) spricht

am Dienstag, dem 2. dieses Monats, abends 8 Uhr, in der Stadthalle, Gelsenkirchen, Essener Straße,

in einer öffentlichen Wählerversammlung.

Thema: „Die Rettung Deutschlands aus der politischen und wirtschaftlichen Krise."

Freie Aussprache.

Uniformierte Gegner werden nicht zugelassen, sonst jedermann herzlich willkommen.

Professor Dr. Nölting ist ein hervorragender Wissenschaftler auf soziologischem und volkswirtschaftlichem Gebiet.

Außerdem geht ihm der Ruf eines glänzenden Redners voraus.

Unkostenbeitrag 20 Pfennig.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wollen für rege Propaganda für diese Versammlung Sorge tragen, damit die Stadthalle überfüllt wird.

Besinnungslos aufgefunden. Der 44jährige Arbeiter Friedrich Broduk, Beckhausen, Schaffrathstrße 73, wohnhaft, hat am Freitag gegen 18 Uhr nach einem Wortwechsel den Arbeiter Josef Wiegand, Schaffrathstraße 71 wohnhaft, mit einer Eisenstange auf den Kopf geschlagen. Die Verletzung schien zunächst nicht schwer, denn W. entfernte sich. Er wurde später gegen 21 Uhr von einem Gastwirt an der Mörkelkuhle blutüberströmt mit Kopfverletzungen und einem Messerstich am rechten Unterarm besinnungslos aufgefunden. W. wurde in das Marienhospital Buer eingeliefert. Die polizeiliche Untersuchung der Schuldfrage ist im Gange.

Gestürzt. Auf der oberen Hochstraße ereignete sich am Samstagmorgen um 11 Uhr ein Unfall. Eine ältere Frau, die mit Markteinkäufen voll bepackt vom Wochenmarkt zurückkam, rutschte über eine Fruchtschale aus und kam erheblich zu Fall. Sie zog sich eine Beinverletzung zu und mußte nach Hause transportiert werden.

Zurückgekehrt. Die vor einigen Tagen als vermißt gemeldete Luise Götzel aus der Horster Straße ist wieder bei ihren Angehörigen eingetroffen.

STADTTEIL HORST

Mit dem Förderkorb in die Tiefe gesaust

Der Bergmann August Reich, Emscherstraße 59, sauste am gestrigen Montagmorgen kurz vor Beendigung der Schicht, mit dem Förderkorb infolge Versagens des Motors in die Tiefe. Der Anprall war so heftig, daß er einen Unterschenkel brach und einen Wadenbeinbruch davontrug. Der Verletzte wurde dem Bergmannsheil 2 zugeführt.

Das Finale der Tragödie um Schalke 04 *

Zunächst war nach dem zur Vernichtung von Schalke 04 gefällten Urteil der Spruchkammer die Angelegenheit Schalke 04 für uns nur eine solche, die da zeigte, was mit veralteten, kleinlichen sportlichen Bestimmungen und aus dem Gefühl mißgünstiger Rivalität heraus alles gemacht werden kann, um einen Gegner, einen unliebsamen Konkurrenten, zu vernichten. Mit dem Tode Willy Niers, des Vorsitzenden der Finanzkommission von Schalke 04, wurde die menschlich üble Angelegenheit in ihren Auswirkungen zur Tragödie, zu einem Geschehnis, das seit dem Freitod Willy Niers das Tagesgespräch bildete. Es war deshalb kein Wunder, daß die Mitteilungen in der Tagespresse, wonach für Willy Nier auf der Kampfbahn von Schalke 04 am Sonntagnachmittag eine Trauerfeier veranstaltet werden sollte, ein ungeheures Echo fand, und wer sich am Sonntag in der Zeit von 14 bis 15 Uhr in der Richtung nach Schalke hin bewegte, der geriet in einen ungeheuren Menschenstrom, der sich in dichten Massen zu Fuß, in überfüllten Straßenbahnen und in Autos nach der Kampfbahn hin wälzte. Ungeheure Menschenmassen fluteten hinein in die Tore der Kampfbahn „Glückauf", auf dessen amphitheatralisch angelegtem Oval schon Tausende von Menschen standen. Viele auf Halbmast gehißten Fahnen in den Farben des Reiches, des Vereins Schalke 04 und andere flatterten im Winde.

Inmitten der Kampfbahn auf grünem Rasen war ein mächtiger Katafalk, der im Schmuck von Grün und zahllosen Kränzen prangte, errichtet worden. Seine Ecken bildeten vier große, schwarz umflorte Kandelaber, deren Trauerfeuer nicht auflackern konnten, da beim Versuch ein Kandelaber in Brand geriet. — Das eigentliche Trauergefolge bildeten Schalke 04, dessen Fahne auf Halbmast über dem Katafalk wehte, ferner befreundete Sportvereine und Knappen von der Zeche Konsolidation, bei der Willy Nier als Auslandskorrespondent beschäftigt war. — Trauermusik ertönt, die Menge erhebt sich, die Polizeioffiziere legen die Hand an die Mütze, der Sarg wird von Sportkameraden zum Katafalk getragen. — Ein Männerchor singt eine Trauerweise, — Reden werden gehalten. Eine von ihnen, die erste, zwingt zum Nachdenken, sie spricht davon, daß die starren und diktatorischen Sportbestimmungen geändert werden müssen, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Tod Willy Niers auf diesem Gebiete bahnbrechend wirken werde, und erklärt, daß Willy Nier, der makellos dastehe, das Opfer seines überspannten Verantwortlichkeits- und Ehrgefühls geworden sei. Und gerade dieses letzte meinen auch wir. Wer kennt die letzten irren Wirrsale, die ein Mensch durchzumachen hat, ehe er aus eigenem Entschluß in das Tal des Todes hinabsteigt? Niemand! Auch wir nicht und auch nicht die letzten Beweggründe Willy Niers, und wir meinen doch, er hätte um seines Weibes, um seiner zwei kleinen Kinder willen am Leben bleiben sollen. — Wer wird für sie sorgen? — Hoffen wir, daß ihnen Helfer werden. — Der Sport soll in unserem Leben das sein, was Freude bringt, soll zur Stärkung des Lebensgefühls dienen, aber er darf nicht zur Hauptsache werden und schließlich Leben werden. Von der Kampfbahn aus ging der Trauerzug zum Friedhof am Rosenhügel, wo die Beisetzung erfolgte.

* Infolge allzu starken Stoffandranges konnte dieser Artikel nicht in der Montagnummer erscheinen.

Schöne weiße Zähne „Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste" zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont" schon seit Jahren und ich werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste" erreicht habe." C. Reichelt, Schwerz, Amt Niemberg, Saalkreis. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Der Unternehmer erhält Recht

Dorstener Besatzungsoberbürgermeister vor dem Gladbecker Arbeitsgericht

Der Zimmerhauer Müller, der in der passiven Widerstandszeit nach Verhaftung des damaligen Bürgermeisters Lappe und Ausweisung des Beigeordneten Fürholz als unbesoldeter Beigeordneter die Geschäfte des Dorstener Bürgermeisters geführt hatte, klagte gegen die Zeche Baldur, von der er entlassen worden war, weil er seine Schichten nicht regelmäßig verfahren hatte, auf Wiedereinstellung bzw. Entschädigung, da er in der Kündigungsmaßnahme eine unbillige Härte sah. M. hatte als Beisitzer des Knappschaftsversicherungsamts in Dortmund häufig feiern müssen, um an den Sitzungen des Versicherungsamts teilnehmen zu können. Er sah in der Begründung der Entlassung einen vorgeschobenen Grund; in Wirklichkeit sei seine politische und gewerkschaftliche Betätigung der Grund zu der Kündigungsmaßnahme gewesen. Das Arbeitsgericht wollte sich nicht davon überzeugen, daß bei der erfolgten Kündigung eine unbillige Härte vorlag, da nach Angabe der beklagten Werksverwaltung notwendige Betriebseinschränkungen die wahre Ursache der Kündigung gewesen sein sollen. Unter diesen Umständen wurde Müller mit seiner Klage abgewiesen.

Schwere Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten

Herwest-Dorsten, den 31. August 1930.

Am Freitagabend kam es in Herwest anläßlich einer Wahlversammlung der Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen. Die Herwester Kommunisten, die durch Zuzug von außerhalb erhebliche Verstärkung erhalten hatten, hatten von vornherein die Parole ausgegeben, die Versammlung mit allen Mitteln zu verhindern und bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung den Lohofschen Saal mit mehreren hundert Personen besetzt. Als dann ein Lastauto mit Gladbecker und Horster Nationalsozialisten zur Uebernahme des Saalschutzes eintraf, wurden die Fremden, noch bevor sie den Wagen verlassen hatten, überfallen und mißhandelt. Die Landjägerei verschaffte mit Gummiknüppeln Luft, worauf die Versammlung zunächst beginnen sollte. Indessen kam es im Saale sofort zu systematischen Störungsversuchen und Zusammenstößen, die zu einer Saalschlägerei ausarteten. Wieder griff die Landjägerei tatkrätig durch, prügelte die sich Bekämpfenden auseinander und begleitete die auswärtigen Versammlungsteilnehmer zum Bahnhof. Bei den verschiedenen Zusammenstößen trug eine Anzahl von Personen Verletzungen davon.

Hochschulstipendien

Zwischen dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Studentenwerk ist, wie die Deutsche Beamten-Korrespondenz hört, ein Abkommen getroffen worden, das einen wesentlichen Fortschritt in der Vereinheitlichung des sich in den letzten Jahren wieder zunehmend zersplitternden Unterstützungswesens für Studierende darstellt. Bekanntlich ist die Studienförderung durch die Städte nächst dem Deutschen Studentenwerk die umfassendste.

Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Städten einerseits und dem Deutschen Studentenwerk sowie den Wirtschaftskörpern soll sich auf folgende Punkte erstrecken: 1. Das Deutsche Studentenwerk wird sich in regionalen Besprechungen mit den in Betracht kommenden Städten über die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten der Städte informieren. Das Deutsche Studentenwerk wird die Leiter der örtlichen Wirtschaftskörper und die in der Studienstiftung tätigen Prüfer veranlassen, sich auch ihrerseits mit den Städten ihres Bezirks in Verbindung zu setzen, damit die Erfahrungen der Städte im Studentenwerk und in der Studienstiftung ausgenutzt werden können. 2. Es wird zweckmäßig sein, wenn die Städte vor Zuteilung eines Stipendiums Gutachten der betr. Wirtschaftskörper bzw. von diesen zu vermittelnde ausführliche Leistungsnachweis durch Dozenten einholen. Die allgemein üblichen, schematisch ausgestellten Fleißzeugnisse genügen nicht als Befähigungsnachweis im Sinne wirklicher Auslese. Die Wirtschaftskörper sind bereit, auf Wunsch derartige Gutach-

ten für Studenten, die schon seit einiger Zeit aus städtischen Mitteln unterstützt werden, einzuholen. Es empfiehlt sich außerdem, daß sich die Städte einerseits, die Wirtschaftskörper und die Studienstiftung andererseits gegenseitig über ihre Bewilligung unterrichten. 3. Die Studienstiftung ist bereit, bei ihren Vertrauensmännern in den einzelnen regionalen Bezirken, in deren Händen die Vorbearbeitung der eingegangenen Gesuche liegt, dahin zu wirken, daß diese Vorprüfer bei der Begutachtung städtischer Gesuche mit den zuständigen Referenten der städtischen Schulverwaltungen zusammenarbeiten. Dort, wo regionale Vorprüferkreise bestehen, könnten die betreffenden Referenten diesen Kreisen angehören.



Ein internationales Wahrzeichen der Apotheken

Das mit jedem Jahre stärker werdende Reisen und Wandern macht eine bessere Kennzeichnung der Apotheken nötig. Kleine Unpäßlichkeiten stellen sich vielfach schon durch die veränderte Lebensweise ein. Auch kommt schon mal ein Unfall vor, auf den niemand eingerichtet ist, wenn es sich auch sehr empfiehlt, ein wenig Verbandszeug und einige Tabletten gegen Kopfschmerz, Magenbeschwerden sowie etwas Salbe auf jede Reise mitzunehmen. Man denke ferner an die wachsende Zahl der Autoreisenden, die in unbekannten Orten nach der Apotheke suchen. In den Städten geben die Firmenbezeichnungen der Apotheken in der wachsenden Reklame jeder Art fast unter. Aber auch auf dem Lande genügt es nicht mehr, daß die Lage der Apotheke nur dem Eingesessenen bekannt ist.

Aus diesen Gründen hat die Iwa (Interessengemeinschaft werbender Apotheken) in Verbindung mit der Firma Verunda in Ründeroth im Frühjahr ein großes Preisausschreiben veranstaltet, um ein einheitliches Apotheken-Symbol zu schaffen. Obenstehendes Zeichen von Georg Weber aus Köln-Mülheim erhielt vom Preisrichterkollegium, in dem auch Herren aus der Schweizer, österreichischen und tschechischen Apothekerschaft vertreten waren, den ersten Preis zugesprochen.

Die Arzneiflasche ist unzweifelhaft kennzeichnend für die Apotheken, da solche sonst nirgendwo verwendet werden. In sinnvoller Weise deuten die drei Löffel auf das übliche täglich mehrmalige Einnehmen der Arzneimittel hin.

Wenn dieses Berufszeichen allgemein eingeführt ist, wird der Fremde an ihm überall sofort die Apotheke erkennen. Auch im gesamten Auslande wird sich dieses Symbol einführen, da der Fremde, mit den dortigen Verhältnissen wenig vertraut, im Auslande erst recht unterrichtet werden muß, wo die Apotheke zu finden ist.

Das Jahr 1931

Das Jahr 1931 entspricht dem Jahr 6644 der Julianischen Periode. Es ist ein Gemeinjahr und zählt 365 Tage. Der Aschermittwoch fällt auf den 18. Februar (sehr früh), der Ostersonntag auf den 5. April, Christi Himmelfahrt auf den 31. Mai, Fronleichnam auf den 4. Juni, der 1. Adventssonntag auf den 29. November. Der Winter 1930-31 beginnt am 22. Dezember, 14.40 Uhr, der Frühling 1931 am 31. März 15.01 Uhr, der Sommer am 22. Juni, 10.28 Uhr, die Hundstage am 23. Juli, sie enden am 24. August, der Herbst beginnt am 24. September, 1.30 Uhr, und der Winter 1931-32 am 22. Dezember, 20.41 Uhr.

Die Finsternisse im Jahre 1931.

Im nächsten Jahre finden drei Sonnenfinsternisse und zwei Mondfinsternisse statt, von denen nur die beiden Mondfinsternisse in unserer Gegend sichtbar sein werden. Am 2. April verzeichnen wir die erste totale Mondfinsternis, die um 19.53 Uhr beginnt, 22.22 Uhr ihren Höhepunkt erreicht und um 21.53 Uhr endet. Eine partielle Sonnenfinsternis findet am 17. — 18. April statt; sie beginnt um 23.57 Uhr im südwestlichen China und endet um 3.32 Uhr im Nördlichen Eismeer; dabei wird der halbe Sonnendurchmesser verfinstert. Die 2. partielle Sonnenfinsternis ist am 12. September; sie beginnt um 5.13 Uhr im Norden von Alaska und endet um 6.09 Uhr bei Aleuten. Die zweite totale Mondfinsternis beginnt am 26. September um 18.54 Uhr, total um 20.05 Uhr, endet um 22.42 Uhr. Die beiden Mondfinsternisse können in unserer Gegend in ihrem ganzen Verlauf verfolgt werden. Die dritte partielle Sonnenfinsternis findet am 11. Oktober statt; sie beginnt an der Küste Perus um 12.01 Uhr und endet im Südlichen Eismeer um 15.49 Uhr; dabei werden neun Zehntel des Sonnendurchmessers verfinstert werden.

Private Sterbekassen

Es kommt auch heute noch vor, daß Sterbekassen auf völlig unzureichender Grundlage errichtet werden. Der Weg, den derartige Gründungen gehen, ist fast immer vorgezeichnet. Er führt zum Zusammenbruch der meist unter großen Versprechungen errichteten Unternehmen; die Mitglieder sind dann die Geschädigten und Enttäuschten. **Warum können solche Sterbekassen auf die Dauer nicht bestehen?**

Zunächst haben sie etwas Verlockendes an sich. Sie erheben niedrige Beiträge, entweder laufend nach einem bestimmten niedrigen Satze oder nach dem Umlageverfahren, und versprechen hohe Leistungen. In den ersten Jahren geht es gewöhnlich gut. Dann tritt ein Wandel ein. Der Mitgliederzugang bleibt aus. Eine bedenkliche Ueberalterung des Mitgliederbestandes ergibt sich. Die Folge ist nun, daß Sterbefälle häufiger eintreten. Was geschieht dann? Entweder werden höhere Beiträge erhoben oder die Sterbegelder herabgesetzt. Beides war aber bei der Gründung der Sterbekasse nicht vorgesehen und erregt deshalb Unwillen bei den Mitgliedern. Reserven sind so gut wie nicht vorhanden, da man es bei der Gründung nicht für nötig hielt, den elementarsten Grundsätzen der Versicherungstechnik zu entsprechen. Dann wird Anschluß an ein solides Versicherungsunternehmen gesucht, das aber recht oft aus naheliegenden Gründen die Uebernahme der Kasse ablehnen muß. Das Ende ist da. Alte, treue Mitglieder sehen sich bzw. ihre Angehörigen betrogen, und wieder einmal bewahrheitet sich das Wort: „Den Letzten beißen die Hunde."

Das Schicksal einer Sterbekasse, wie es hier geschildert wurde, steht vereinzelt da. Die großen Versicherungsgesellschaften, an die man sich zur Uebernahme in der höchsten Not wendet, könnten mit umfangreichem Material aufwarten. Auch große, jahrzehnte alte Sterbekassen sind vor dem Zusammenbruch nicht geschützt, wie die Erfahrung lehrt. An unsere Leser ergeht die Mahnung, auch in dieser Hinsicht vorsichtig, sehr vorsichtig zu sein.

Zwei Minuten Bevölkerungspolitik

An einem Tage werden in Deutschland durchschnittlich 1616 Ehen geschlossen, 3140 Menschen werden täglich geboren und 2208 sterben täglich in Deutschland. Auf die Minute kommen also zwei Geburten und auf zwei Minuten drei Todesfälle. Die meisten Menschen sterben bei uns im Februar, 2877 Todesfälle kommen durchschnittlich auf einen Februartag, dagegen sterben im August nur 1752 täglich. Auch die meisten Geburten kommen auf einen Februartag, nämlich 3109, die wenigsten dagegen sind im August und im Dezember.

Schieles Wucherpolitik

Das wichtigste Brotgetreide kostet doppelten Auslandspreis

Soll das so weiter gehen?

Schiele, der Reichsminister für die Ernährung und Landwirtschaft im Kabinett Brüning, übergab der Presse in diesen Tagen einen Artikel, in dem etwas, was Herr Schiele „die Roggenlogik" nennt, gegen den „Roggenpessimismus" ins Feld geführt wird, der darin zum Ausdruck kommt, daß der Roggenpreis nicht nach Schieles Wünschen steigt. Schieles Wünsche sind in diesem Falle nicht frei von Zwangsvorstellungen. Die Grüne Front „erwartet" von ihm, daß er „der Landwirtschaft" den zwar gesetzlich anerkannten, zunächst jedoch rein theoretischen Durchschnittspreis von 330 Mark für die Tonne Roggen auch tatsächlich verschafft. Die Herren der Grünen Front sind sonst durchaus bereit, Schiele die Rebellion gegen Hugenberg bitter entgelten zu lassen. Herr Schiele konnte aber mit aller Macht und Mühe den Roggenpreis am Berliner Markt von 148 Mark im Märzdurchschnitt nur auf 175 Mark im Junidurchschnitt heraufdrücken; er konnte dann mit allen Anstrengungen seiner Stützungspolitik den in drei Monaten endlich erreichten, vom Ziel aber noch weit entfernten Preis von 175 Mark nur bis zum 21. Juli halten und mußte dann erleben, daß eine Abwertung des Roggens bis unter 160 Mark eintrat. Dies, obwohl der Himmel sichtbar für Herrn Schiele votierte, mit seinem Dauerregen einen Teil des ursprünglich in Aussicht stehenden Roggensegens verdarb. Auf 7,6 Millionen Tonnen veranschlagt die neueste amtliche Erntevorschätzung die Roggenernte dieses Jahres, nachdem noch vor anderthalb Monaten mit 8,5 Millionen Tonnen (gegenüber 8,2 Millionen Tonnen im Vorjahre) gerechnet worden war. „Ueberblickt man die gesamten Aktiven und Passiven der Roggenrechnung des begonnenen Wirtschaftsjahres", sagt jetzt Herr Schiele, „so erweist sich — selbst wenn man die Kalkulation so ungünstig wir irgend möglich aufmacht —, daß wir in diesem Jahre, insgesamt betrachtet, mit einem Roggenüberschuß nicht zu rechnen haben werden."

Roggen wird teurer werden!

Das ist der Sinn der Predigt Schieles. Seine Leute sollen ihre Roggenvorräte in Ruhe festhalten, sollen nicht mit Verkäufen drängen, und die anderen sollen sich gesagt sein lassen, daß sie nicht zögern dürfen, zu kaufen solange der Preis noch niedrig steht. Aus dem Zusammenspiel von zurückhaltendem Angebot und drängender Nachfrage ergebe sich dann, so verfügt Herr Schiele, der erstrebte höhere Preis. Herr Schiele fühlt sich nun als Machthaber; er weiß, daß er es mit der Bewilligungfreudigkeit des Brüning-Kabinetts gegenüber der Grünen Front nun schaffen wird — ja, er gibt bereits genau an, wie es dazu kommen wird, „daß wir mit einem Roggenüberschuß nicht zu rechnen haben werden." Unsere handelspolitische Rüstung ist so weit verstärkt, sagt Herr Schiele, daß ein genügender Schutz gegen das Eindringen des billigeren Auslandsgetreides gegeben ist. Infolgedessen wird an Stelle ausländischer Gerste und an Stelle von Mais inländischer Roggen verfüttert werden müssen. Dann wird durch das neue Brotgesetz und die Fortsetzung der „Weizenpolitik" eine erhöhte Nachfrage nach Roggenbrot erzwungen werden. **Verstärkter Zwang zum Roggenbrotverbrauch** auf der ganzen Linie heißt also die Parole des Herrn Schiele.

Schieles Ziel ist der höhere Roggenpreis, damit auch das teurere Roggenbrot.

Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist **das teurere Weizenbrot.** Die ärmeren Bevölkerungskreise sollen dazu gebracht werden, an Stelle des für sie zu teuer gemachten Weizenbrotes das billigere Roggenbrot zu verzehren, damit auch dieses teurer werden kann. Die Möglichkeit einer derartigen Weizenpolitik ist inzwischen erprobt worden. Die Weizenpolitik hat, so rühmt ihr die Zeitschrift „Rechs-Landbund" nach, schon „einen erstaunlichen Erfolg" gehabt. Allerdings, so ist es: Deutschland hat durch Verordnung der Brüning-Schiele-Regierung einen Weizenzoll von erstaunlicher Höhe und dementsprechend

einen erstaunlich hohen Weizenpreis, etwa doppelt so hoch wie der Weltmarktpreis.

Im Kampfe zwischen den sozialdemokratischen und bürgerlichen Partnern der letzten Koalitionsregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung wurde ein Weizendurchschnittspreis von 260 Mark pro Tonne gesetzlich festgelegt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entschloß sich nur schwer, diesen Satz zu bewilligen; sie hielt ihn für zu hoch und nahm ihn schließlich nur an, um eine noch höhere Preisfestsetzung durch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages zu verhindern. Die Schiele-Brüning-Politik hat aber dann vom April an den **Weizenpreis über den gesetzlichen Durchschnittspreis weit hinausgetrieben.** An der Berliner Börse kostete die Tonne märkischen Weizens im Durchschnitt des Monats

Januar	247 Mark	Mai	289 Mark
Februar	234 Mark	Juni	300 Mark
März	240 Mark	Juli	290 Mark
April	269 Mark		

Während im Junidurchschnitt märkischer Weizen in Berlin 300 Mark pro Tonne kostete, konnte man die Tonne argentinischen Barusso-Weizens in Hamburg unverzollt für 167 Mark kaufen, für etwas mehr als die Hälfte des Berliner Preises für deutschen Weizen. Tatsächlich stellte sich das Preisverhältnis zwischen argentinischem und deutschem Weizen noch ungünstiger, da der Barusso-Weizen von besserer Qualität ist.

Den doppelten Weltmarktpreis nun zahlt man in Deutschland für inländischen Weizen infolge eines Zolles, der 150 Mark pro Tonne beträgt und damit fast der vollen Höhe des Weltmarktpreises entspricht.

Er wird durch den sogenannten Vermahlungszwang zur vollen Geltung gebracht. (Die Mühlen müssen in einem bestimmten, durch Schiele sehr hochgedrückten Verhältnis zu den vermahlenen Mengen Auslandsweizen inländischen Weizen vermahlen, wodurch eine starke, preissteigernde Nachfrage nach deutschem Weizen erzwungen wird.) **Der Zoll in dreifacher Höhe des Vorkriegszolles und der Vermahlungszwang sind die Mittel** der Schieleschen Weizenpolitek, und der doppelte Weltmarktpreis ist ihr „erstaunlicher Erfolg."

Die Verbraucher bezahlen diese Weizenpolitik mit rund 600 Millionen Mark im Jahre.

Unter der ungefähr richtigen Annahme, daß von der für dieses Jahr auf 3,5 Millionen Tonnen geschätzten inländischen Weizenernte etwas über 2 Millionen Tonnen in den Händel und zur Verarbeitung für Zwecke der menschlichen Ernährung kommen, und daß etwas unter 2 Millionen Tonnen Auslandsweizen zur Deckung des gesamten Weizenbedarfs eingeführt werden müssen, stecken von den 600 Millionen Mark die Weizenagrarier die dickere Hälfte ein, während die kleinere Hälfte in die Reichskasse fließt. Das ist eine direkte Steuer von erstaunlicher Höhe, eine indirekte Steuer, die die Hauptbrotfrucht, die also den Brotverbrauch der breiten Massen trifft. Weizenbrot ist ja schon längst nicht mehr ein Nahrungsmittel gehobener Schichten, vielmehr haben sich ihm mehr und mehr auch die schlechtergestellten Arbeiterschichten zugewandt. Daß und wie sehr dem so ist, macht eben eine Erhebung des Statistischen Reichsamtes deutlich, die einen Vergleich der Produktionsverhältnisse des deutschen Mühlengewerbes in den Jahren 1909/10 und 1927/28 ermöglicht. Danach wurden in Deutschland für die menschliche Ernährung pro Kopf der Bevölkerung verbraucht:

	1909/10	1927/28	
Mahlerzeugnis aus Roggen	60,3	48,6	— 11,7 Klg.
Mahlerzeugnis aus Weizen	55,0	57,2	+ 2,2 Klg.

Herr Schiele hat eben verkündet, daß die Brüning-Regierung die bisherige Politik der Weizen- und damit auch der Weizen**brot**verteuerung fortsetzen wird und daß dadurch die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Roggen- und damit auch der Roggen**brot**preis gleichfalls steigen wird. Wenn sie es bisher noch nicht war, dann wird diese **Politik des Brotwuchers** nunmehr zu einer **Hauptfrage des Wahlkampfes.** Ein Roggenzoll von 50 Mark und ein Weizenzoll von 55 Mark wurde von der Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf des Jahres 1903 als schamloser Wucher angeprangert, und die Wahl wurde zu einem wahren Volksgericht.

Müßte der Roggen- und der Weizenmehlzoll des Jahres 1930 in dreifacher Höhe nicht zu einem dreifach nachdrücklichen Volksgericht über die Brüning, Schiele und Konsorten werden?!

Reise im Herbst

Vorzüge der Nachsaison: Mehr Beschaulichkeit in den Kurorten. — Mildes Klima. — Geringere Kosten.

Der Herbst scheint in diesem Jahre verhältnismäßig früh sein Regiment anzutreten. Schon tragen Feld und Wald spätsommerlichen, fast herbstlich bunten Charakter. In der Rheinpfalz kommen bereits die ersten frischen, süßen Trauben — die Portugieser — auf den Markt. Auch die weißen Trauben reifen schnell unter den warmen Strahlen der Spätsommersonne. Wenn nicht noch Wetterrückschläge eintreten, wirds eine gute Lese im September und Oktober geben.

Wer erst jetzt seine Ferienreise antreten kann, dem bringt die Nachsaison manchen Vorteil. Die Zahl der Kurgäste und Erholungsuchenden ist kleiner geworden, Hotels und Pensionen haben nicht ihre schönsten Zimmer schon vergeben. Der einzelne Gast kann individueller behandelt werden als in den Wochen des großen Ansturms von Ferienreisenden, man hat Zeit und Muße für seine persönlichen Wünsche. Und zu der größeren Beschaulichkeit in den Kurorten und dem geringeren Andrang auf den Verkehrsmitteln kommt als besonders großer Vorzug der Nachsaison-Reise der Segen des herbstlichen Klimas. Namentlich in den deutschen Mittelgebirgen tritt das deutlich in die Erscheinung. In Südwestdeutschland sind wissenschaftliche Untersuchungen über die klimatischen Verhältnisse im Herbst angestellt worden. Dabei ergaben sich wesentliche Vorzüge des Herbstklimas gegenüber Frühling und Sommer. Im Schwarzwald liegen z. B. die Herbsttemperaturen wesentlich höher als im Frühling, weil die höheren Luftschichten die während der Sommermonate aufgespeicherten Wärmemengen nur allmählich wieder abgeben. Professor Dr. Peppler hat hier festgestellt, daß in der Rheinebene die Mitteltemperatur der Monate September, Oktober und November noch zirka 10 Grad Celsius beträgt, d. h. also ungefähr die mittlere Jahrestemperatur. Sehr günstig wirkt sich hier auch die geringe Temperaturabnahme mit der zunehmenden Höhe auf die Klimagestaltung im Spätsommer und Herbst aus. Zu all diesen Vorzügen, die in anderen Gebirgen ähnlich sind, tritt noch die Nebelfreiheit im Herbst.

Aeußerst annehmlich für den Ferienreisenden der Nachsaison ist der Umstand, daß fast überall vom 1. September ab ermäßigte Preise für Zimmer, Verpflegung und Kurkosten zu finden sind. Trotzdem braucht man sich nicht vor Langeweile zu fürchten, denn für Unterhaltung wird von den Stadt- und Kurverwaltungen auch in der Nachsaison noch eifrig gesorgt. Wir haben zur Feststellung näherer Einzelheiten in dieser Hinsicht eine Rundfrage an die wichtigen deutschen Verkehrsverbände gerichtet, deren Ergebnisse wir in einem besonderen Aufsatz demnächst mitteilen werden.

Vom Urlaub zur Arbeit

Von Dr. med. Curt Kayser, Berlin-Wilmersdorf.

Für die große Mehrzahl der Bevölkerung sind die Tage des Sommerurlaubs und der Badereise vorüber. Neu gestärkt ist man zu frohem Schaffen wieder in die Heimat zurückgekehrt. Treten aber manchmal schon nach kurzer Zeit Müdigkeit und Arbeitsunlust oder die alten Beschwerden, um derentwillen eine teure Badereise unternommen wurde, wieder ein, dann pflegt man — fälschlich — zu folgern: „Die Kur hat wieder nichts genützt".

Der Wechsel der Tätigkeit und der Umgebung, die regelmäßige und zweckmäßige Ernährung, evtl. unter Innehaltung einer besonderen Diät, der ausreichende Schlaf, das tägliche Baden in verschiedenen Heilquellen, an der See und dergleichen, alles dies verfehlt meist nie seinen Zweck, wenn es auf Anraten oder unter Kontrolle des Arztes vorgenommen wurde. Wer aber glaubt, daß eine vierwöchige Kur ausreicht, um dann die elf übrigen Monate des Jahres ungestraft gegen die Gesundheit wie ehedem wieder sündigen zu dürfen, der mag sich auch über das Wiederauftreten früherer Beschwerden nicht wundern. Gerade wer im Urlaub Erholung, im Kurort Besserung oder Heilung gefunden hat, der sollte jetzt doppelt auf die Erhaltung seiner Gesundheit bedacht und bestrebt sein, seine Lebensführung, soweit als möglich, der des Kuraufenthaltes anzupassen. Eine solche sogenannte „Nachkur" ist nicht nur etwas für reiche Leute, sondern sie kann und sollte sich jedermann leisten!

Zunächst vermeide man einen zu schroffen Wechsel zwischen Urlaub und Arbeit. Man kehre nicht erst am Abend vor dem Urlaubsende heim, sondern möglichst schon etwas früher. Ganz falsch ist es, sich im Gefühl vermehrter Arbeitskraft Hals über Kopf in die Arbeit zu stürzen, um alles Liegengebliebene womöglich in wenigen Tagen aufzuarbeiten. Maßhalten und zweckmäßige Verteilung der Arbeit für die Erhaltung der, im Urlaub wieder gewonnenen Kräfte ist vielmehr von ganz besonderer Bedeutung. Wem im Urlaub das Liegen und Baden gut getan, der versuche, wenigstens noch eine Zeit lang, zu Hause das gleiche. Für regelmäßige und ausreichende Nachtruhe kann man auch zu Hause Sorge tragen, und im Essen und Trinken, entsprechend ärztlicher Vorschrift, sich so verhalten, wie im Kurort. Auch zuhause kann man Luft- und Sonnenbäder nehmen oder für Verdauung und Schlaf nutzbringend einen Spaziergang unternehmen. Kurz, man ziehe aus den gesundheitlichen Erfolgen der Urlaubszeit die nötige Lehre und lebe auch die übrige Zeit des Jahres möglichst so, wie in den schönen Tagen der „goldenen Freiheit"!

Nr. 204. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 2. September 1930.

Gültigkeit nicht veröffentlichter Gemeindebeschlüsse

In einer Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 20. Februar 1930 wird folgendes ausgeführt:

Die in der Stadt F. den Straßenanliegern obliegende Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der Bürgersteige hat durch Beschlüsse der beiden städtischen Körperschaften unter Zustimmung der Polizeiverwaltung im Jahre 1902 eine Einschränkung erfahren. Das ist festgestellt und ausgesprochen in einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 6. Oktober 1927 — IV B 4. 26 —. Der gegen die Gültigkeit dieser Beschlüsse von dem Beklagten im vorliegenden Verfahren erhobene **Einwand ihrer Unverbindlichkeit wegen mangelnder Veröffentlichung konnte nicht durchgreifen.** Die ursprünglich beabsichtigte Bekanntmachung der Beschlüsse ist allerdings unterblieben; ihre Gültigkeit **ist durch diese Unterlassung jedoch nicht beeinträchtigt worden.** Nach der ständigen Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts ist die Veröffentlichung der Beschlüsse der Gemeindekörperschaften **keine Voraussetzung für ihre Gültigkeit,** und zwar auch dann nicht, wenn sie eine auf die Dauer berechnete Bedeutung haben. Die Uebernahme der Wegeunterhaltungspflicht durch die Stadtgemeinde an Stelle der bisher verpflichteten Anlieger bedurfte vielmehr, um öffentlich rechtliche Wirksamkeit zu erlangen, nur noch der ausdrücklichen oder stillschweigenden Zustimmung der Wegebehörde, also der Polizeiverwaltung. Weder die Stadt noch die Polizeiverwaltung kann sich den Anliegern gegenüber darauf berufen, daß die Beschlüsse mangels amtlicher Bekanntmachung an die Bürgerschaft eine unverbindliche innere Angelegenheit der städtischen Behörden geblieben sind.

Dauer der Schulpflicht

In Fällen, in denen Kinder, ohne nach § 2, Abs. 3, des Schulpflichtgesetzes vom 15. Dezember 1927 zurückgestellt worden zu sein, verspätet in die Schule aufgenommen werden, ist aus der Vorschrift im § 3, Abs. 4, a. a. O., nicht zu folgern, daß die seit dem Beginn der Schulpflicht bis zum Beginn des Schulbesuchs verstrichene Zeit auf die Gesamtdauer der Schulzeit nicht anzurechnen ist.

Die gesetzliche Schulpflicht endet **ohne Rücksicht auf die Dauer des tatsächlichen Schulbesuchs** mit dem Schluß des Schuljahres nach Ablauf von 8 Jahren seit dem gesetzlichen Beginn der Schulpflicht — in der Provinz Schleswig-Holstein entsprechend dem Statut des Provinzialverbandes vom 16. März 1928, betreffend die Ausführung des § 9, Satz 3, des Schulpflichtgesetzes, für Knaben zum Teil nach Ablauf von neun Jahren. — Darüber hinaus kann nur im Falle des § 3, Abs. 2, a. a. O., die Schulpflicht bis zur Dauer eines Jahres verlängert werden.

Hitler — Jesus

Die „Germania" berichtet über eine nationalsozialistische Versammlung, die in Oldenburg stattgefunden hat. Der Hakenkreuzredner kam auf Hitler zu sprechen und leistete sich dabei folgende Blasphemie: „Hitler kann mit niemand verglichen werden, auch nicht mit Mussolini, er verfügt über übernatürliche Kräfte, man könnte ihn nur mit Jesus Christus vergleichen." Man begreift, daß ein Blatt wie die „Germania" das von gläubigen Redakteuren für gläubige Leser geschrieben wird, die ungeheuerliche Entgleisung des nationalsozialistischen Redners mit aufrichtigem Schrecken feststellt.

Angesichts des Vergleichs Hitlers mit Jesus sieht man sich genötigt, zu fragen, was denn Hitler bisher für die Menschheit und namentlich für die leidende Menschheit geleistet hat. Antwort: Nichts! Er vertröstet auf das dritte Reich. Eine Parallele könnte man in der Vertröstung auf das Himmelreich Jesu sehen. Aber diese Parallele würde nur eine künstlich konstruierte sein. Denn Jesu Himmelreich sollte nach dessen eigenen Worten nicht von dieser Welt sein.

Hitler will sein drittes Reich aber in Deutschland aufrichten. Jedoch nicht für die Mühseligen und Beladenen, sondern für die Kapitalsmagnaten. Das hat er selbst in diesem Frühjahr in folgende Sätze gekleidet:

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten einen Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der — auf Grund der höheren Rasse — die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot!!!

So ruft er voll Entrüstung aus. Und:

„Die große Masse der Arbeiter will nichts anderes, als Brot und Spiele, sie hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale. Wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die nicht von irgendeiner Mitleidsmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer bessren Rasse das Recht hat, zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält und sichert."

Da haben wir es klar und deutlich, was Hitler will.

Diese Hitlersche Absicht und Tätigkeit stehen aber in diametralem Gegensatz zu dem Auftreten und der Lehre eines Jesus.

Letzterer wandte sich bekanntlich mit aller Entschiedenheit gegen die Herrschaft des Mammons, gegen die Reichen. Man vergleiche ferner die Bergpredigt mit den Tiraden eines Hitler. Von geistiger und sittlicher Hebung der Menschheit bei letzterem keine Spur. Auf diese kam es aber Jesus an.

Und angesichts dessen kommt irgendein lächerliches Phantom her und stellt solche nicht nur blasphemischen, sondern auch irritierenden Vergleiche auf.

Wahrhaftig, die Moral der Leute schreit zum Himmel!

Teuerungsinsel Deutschland

Vier Wochen theoretische Diktaturverordnung gegen die Kartelle

Am 26. Juli — also vor einem Monat — verkündete das Kabinett Brüning auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung seine bekannte „Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände". Der fünfte Abschnitt lautet: **„Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen".**

Die Unternehmer fühlten sich wie vor den Kopf geschlagen; das Kabinett Brüning machte unter dem Druck der öffentlichen Meinung jetzt Ernst! Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schrieb damals, ergeben in das nun unvermeidlich gewordene Schicksal des Preisabbaues:

„Gegenüber der bisherigen Kartellverordnung liegt die wesentliche Verschärfung darin, daß die Regierung **in die Kartellmaßnahmen direkt eingreifen** kann, während bisher der Reichswirtschaftsminister nur die Möglichkeit einer Klage beim Kartellgericht hatte.

In § 3 wird angeordnet, daß die Regierung vor Erlaß einer Maßnahme die beteiligten Wirtschaftskreise hören soll, sie soll auch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat um eine gutachtliche Stellungnahme ersuchen. Es handelt sich hier um eine **Sollvorschrift, nicht um eine Mußvorschrift.** Es ist aber keineswegs an eine Ersetzung des Kartellgerichts durch den Reichswirtschaftsrat gedacht, vielmehr sieht die Verordnung in allen ihren Bestrebungen **ein selbständiges Vorgehen** der Regierung vor."

Mochte das, was das Kabinett Brüning ankündigte, aus wahltechnischen Gründen geschehen oder aus sonstigen Erwägungen — das wurde bei dem festen Willen der Regierungsdiktatur, gegen die Ausbeutung des ganzen Volkes durch die gebundenen Preise, gegen den Terror der Kartelle vorzugehen, beinahe gleichgültig. Stegerwald als Arbeitsminister hatte die Löhne abgebaut, jetzt kam endlich die gesamte Reichsregierung mit dem Artikel 48 und drängte die Preise zurück. Die Optimisten atmeten schon leichter und riefen Bravo.

Was ist seither geschehen? Nichts oder doch so gut wie nichts! Das Kabinett ließ sich bis heute von den Sollvorschriften des § 3 seiner eigenen Verordnung festhalten, um nicht nach der Muß vorschrift des § 1 zu handeln.

Dem Reichswirtschaftsrat wurde eine ganze Reihe von Doktoren- und Professorenfragen vorgelegt. Das Kabinett mit der Diktaturmacht wollte wissen: I: ob man allgemein und im besonderen, a) auch dem Leistungsgewerbe, b) dem Großhandel oder c) auch den Kleinen an den Kragen gehen solle. „Empfiehlt es sich" IIa) auch dort einzugreifen, wo ohnedies schon . . ., b) in einzelnen Fällen wenn . . . und IIIa) bei der nächsten Wirtschaftsstufe allgemein . . . oder b) nur bei Massenartikeln?

Das war kein Angriff auf die Preise,

sondern ein Notschrei an die Regierungsfreunde: Hilfe! haltet mich um Himmelswillen fest, sonst vergesse ich mich und schlage zu!

Der Reichswirtschaftsrat konnte endlich am 5. August zusammentreten und gab acht Tage später sein Gutachten ab. Das war selbstverständlich nicht einheitlich, denn die Abteilung II (Arbeitnehmervertreter) denkt anders als die Abteilung I (Unternehmer). Die Abteilung III (Verbraucher) stimmte teils für, teils gegen, wie das auch nicht anders zu erwarten war. Nunmehr hatte die Regierung auch wieder ihren Faden, den sie zwischen den Akten weiterspinnen kann. In der Zwischenzeit hatte sie auch „schon" mit den Unternehmern geredet, ob sie nicht „in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft gegenüber Einzelinteressen durchsetzen" wollten. Die Antwort ist in der Kartellabteilung des Reichswirtschaftsministeriums säuberlich eingeheftet und registriert.

Jetzt hat, wie bereits gemeldet, die Regierung den Reichswirtschaftsrat mit der Aufgabe einer Unterstützung über **eine ganze Reihe von Kartellindustrien** beauftragt, darunter auch Kohle und Erze und besonders die ostelbische Braunkohle. Zum Teil sind diese Untersuchungen vor zwei Jahren schon einmal durch die sogenannte Schmalenbachkommission erfaßt und in umfangreichen Denkschriften niedergelegt.

Inzwischen bleibt Deutschland eine Insel der Teuerung in der Weltwirtschaft.

Dabei sind in Deutschland die Reallöhne billiger als in Amerika, England, Schweden, Dänemark und den Niederlanden. Draußen in der Welt ist z. B.

beste englische Kohle um 5 Prozent billiger als 1913, amerikanisches Rohöl um 25 Prozent billiger als 1913, Stabeisen frei Hafen Antwerpen um 5 Prozent billiger als 1913, amerikanisches Kupfer um 25 Prozent billiger als 1913, Chilesalpeter um 10 Prozent billiger als 1913, Gummi, Zucker, Baumwolle, Kaffe usw., alles ist in der ganzen Welt um 10 bis 50 Prozent billiger als in der Vorkriegszeit. Dazu sind auf dem freien Weltfrachtenmarkt die Transportkosten von 127,5 (Januar 1929) auf 88,1 (Juni 1930) gekürzt. Sie stehen um 28 Punkte unter dem Jahre 1913!

Bei uns in Deutschland sind seit der Wiederbelebung der Kartelle, also von 1925 bis 1926 an, Kohle, inländisches Eisenerz, Roheisen, Halbzeug, Walzwerkserzeugnisse, Nickel, Aluminium, künstliche Düngemittel, Benzol, Treiböl, Zellstoff, Zeitungsdruckpapier, Pappe, Mauersteine, Dachziegel, Kalk, Zement, Röhren, Fensterglas und Dachpappe bis Anfang 1929

ständig im Preise gestiegen

und bis zum Sommer 1930 auf der erreichten Höhe geblieben. Seither sind sie um ganze zwei Punkte gesunken! Benzol steht heute noch um 76 Punkte über Vorkriegsniveau, die Dachziegel sogar um 88 Punkte! Dagegen sind in Deutschland die kartellmäßig nicht gebundenen Industrieprodukte, von Leder bis Leinöl und von Tertilien bis zu Talg von 107 (Ende 1928) **auf 80 gesunken — leider haben jetzt die Arbeiter** kein Geld, um sich Stiefel oder Anzüge und Wäsche zu kaufen.

Der 14. September wird der Maßstab für die politische Entwicklung der nächsten Zeit sein. Einstweilen kann die Reichsregierung das vierwöchige Jubiläum der **Nichtbenutzung ihrer eigenen Verordnung** gegen den Kartellwucher feiern.

Kurt Heinig.

Der Steuermonat September

Die neuen Belastungen.

Zum ersten September wird der Steuerpflichtige mit einem Zuschlagssteuerbescheid bedacht.

Der Zuschlagssteuerbescheid erstreckt sich erstens auf den Zuschlag zur Einkommensteuer. Dieser beträgt 5 v. H. der Steuerschuld 1929 und wird von allen Personen erhoben, die im Steuerabschnitt 1928-29 ein Einkommen von mehr als 8000 RM bezogen. Zweitens betrifft der Zuschlagssteuerbescheid die Ledigensteuer, aber nur insoweit, als diese nicht bereits mit dem Steuerabzug vom Arbeitslohn erhoben wird. Hier ist der fällige Betrag 6 v. H. des Einkommensteuersolls 1929 nach Abzug des Steuerabzuges vom Arbeitslohn. Drittens endlich befaßt sich der Zuschlagssteuerbescheid mit der Reichshilfe der Mitglieder des Aufsichtsrates und mit allen Aufsichtstantiemen des Jahres 1929. Die Reichshilfe beträgt 1,5 v. H. der Tantiemen des Steuerjahres 1929. Die Steuerleistungen aus dem Bescheid sind in zwei Raten fällig; die erste am 10. Oktober, die zweite am 10. Februar.

Die Beamten werden mit dem sogenannten Notopfer „Reichshilfe" bedacht.

Das Notopfer wird erhoben für die Zeit vom 1. September 1930 bis zum 31. März 1931, also zunächst sieben Monate lang. Pflichtig zur Leistung der Reichshilfe sind alle Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und Gemeinden. Aber auch die Beamten und Angestellten der Reichsbahn, der Reichsbank, der Körperschaften des öffentlichen Rechtes, der Wehrmacht. Dieses Notopfer stellt nichts anderes als eine Gehaltskürzung dar. Die Freigrenze für die Beamten-Reichshilfe ist auf 2000 RM Jahresgehalt oder 166 RM Monatsgehalt festgesetzt.

Auch sonst bringt der September noch mancherlei Steuerpflichten. Am 5. September ist der Lohnabzug für die in der Zeit vom 16. bis 31. August gezahlten Gehälter und Löhne ohne Schonfrist fällig. Am gleichen Tage läuft die Frist für die Abgabe der Erklärung über die im Steuerabschnitt 1929 bezogenen Aufsichtsratstantiemen ab. Am 10. September hat die Anmeldung und Zahlung der Börsenumsatzsteuer für August im Verrechnungsverfahren zu erfolgen. Am 15. September schiebt sich ein preußischer Steuertermin dazwischen, nämlich die an diesem Tage fällige Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer. Den Beschluß macht am 20. September der abermalige Lohnabzug für die vom 1. bis 15. September gezahlten Löhne und Gehälter.

Billige
Lebensmittel

Frisch-Fleisch bester Qualität

Suppenfleisch Pfund 98 Pf
Hohe Rippe · · · Pfund 1.08
Bratenfleisch · · Pfund 1.15
Roastbeef · · · · Pfund 1.45
Fr. Gehacktes extra billig · · Pfund 85 Pf

Mast-Kalbfleisch
Ragout · · · · · Pfund 1.20
Rücken · · · · · Pfund 1.40
Keule · · · · · Pfund 1.50

Schweinefleisch
Bauch · · · · · · Pfund 90 Pf
Schinken · · · · Pfund 1.10
Koteletten · · · · Pfund 1.25
Speck m. t Flomen brätfertig · · Pfund 90 Pf

Hammelfleisch
Ragout · · · · · Pfund 1.10
Rücken · · · · · Pfund 1.30
Keule · · · · · Pfund 1.40

Toilet'-Seife 80 Prozent Fettgehalt · · · · · · · · · Pfund 50 Pf
Reine Dreiring-Kernseife · · großer 5teiliger Riegel 35 Pf

Wurstwaren aus eigener Fabrikation!
Leberwurst · · · Pfund 60 Pf
Blutwurst · · · · Pfund 60 Pf
Poinische · · · · Pfund 90 Pf
Fleischwurst · · Pfund 1.10
Margarine · · · · · · · Pfund 42 Pf
Leberwurst grob Pfund 1.30
Leberwurst fein Pfund 1.40
Kochmettwurst Pfund 1.20
Jagdwurst · · · · Pfund 1.50
Durchw. Speck geräuchert · · Pfund 1.30

Täglich frisches Obst- und Gemüse zu billigsten Preisen

Voll-Reis · · · · · 5 Pfund 95 Pf
Haferflocken · · · 4 Pfund 95 Pf
Puddingpulver · · · Pfund 38 Pf
Sultanin · · · · · Pfund 25 Pf
Kornkaffee · · · · 4 Pfund 95 Pf
Kaffee fr. ger. Pfund 2.80, 2.20, 1.95
Molkerei-Butter · · · · · 1 Pfund 1.65 1.52
Tilsiter Käse 20 % 1 Pfund 62 Pf
Holländer Käse 20 % 1 Pfd. 78 Pf
Finn. Schweizerkäse Pfd. 1.28
Blockkäse · · 1/2-Pfd.Paket 50 Pf
Salat-Oel · · · · · · · · Liter 62 Pf

Apfel-Gelee · · 1-Pfd.-Glas 50 Pf
Johannisb.-Gelee 1-Pf.-Gl. 75 Pf
Aprikos.-Marmel. 1-Pf.-Gl. 50 Pf
Pflaumen-Konfit. 1-Pf.-Gl. 68 Pf
Pflaumenmus 2-Pfd.-Eimer 1.00
Vierfrucht-Marm. 2-Pf.-Eim. 1.00
Fetter Speck geräuchert · · · Pfund 78 Pf
Apfelsaft · · · · 1/1 Flasche 1.00
Citronenmost · · · · Liter 1.30
Tarragona · · · · 1 Liter 1.00
Malaga · · · · · 1 Liter 1.25
Schweineschmalz · · · · · · · · Pfund 64 Pf

ALTHOFF BUER

Aus dem Verbandsausschuß des Ruhrsiedlungsverbandes

In der Sitzung des Verbandsausschusses des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk am 28. August wurden zunächst die laufenden Verbandsangelegenheiten erledigt. U. a. wurde die erstmalige Festsetzung der Durchgangsstraße und Grüngebiete im Ennepe-Ruhrkreis beschlossen. Der Verbandsausschuß genehmigte den Beitritt des Siedlungsverbandes zum Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Industriegemeinden aus Anlaß des kürzlich geschlossenen Tarifvertrages für Kommunalangestellte. Der Verbandsausschuß nahm ferner zustimmend Kenntnis von der inzwischen erfolgten Beschaffung der für den Straßenbau des Haushaltes 1930 erforderlichen Gelder. Aus dem Ueberschuß des Rechnungsjahres 1929 wurden vorbehaltlich der Haushaltsberatungen für 1931, 45 000 M. dem Pensionsfonds überwiesen und über die Anlegung dieser Gelder Beschluß gefaßt. Der Verbandsdirektor machte Mitteilung von der Bildung der Verteilungsausschüsse für die Kraftfahrzeugsteuerüberweisungen in den einzelnen Provinzen. Der Siedlungsverband ist berechtigt, in den Ausschüssen für Rheinland und Westfalen einen Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden. Als Vertreter des Verbandsausschusses soll der Verbandsdirektor, als sein Stellvertreter die betreffenden Fachdezernenten benannt werden. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordnetenvorstehers Henseler (Dortmund) wurde Stadtbaurat Bronner zum Mitglied der Personal- und Finanzkommission gewählt. Zu den vorliegenden Baupolizeiverordnungen der Stadt Duisburg und der Stadt Hagen erteilte der Verbandsausschuß seine Zustimmung. Die Verordnung der Stadt Duisburg verhält sich über die Anlage und Unterhaltung der Straßen und die Entwässerung der Grundstücke, die Polizeiverordnung der Stadt Hagen über die auf Grund der Präsidialverordnung festzusetzenden Bauzonen. Die letztere Verordnung ergeht, nachdem in längeren Verhandlungen eine Uebereinstimmung mit der Stadt Hagen und dem Verbandspräsidium über eine Einschränkung der Bauzonen im Rahmen des für absehbare Zeit notwendigen Bedarfs erzielt worden ist. Der Weiterbegebung einer Anleihe in Höhe von 152 000 Mark an die Stadt Hamm zwecks Regulierung des Kaufpreises für die Heessener Waldungen wurde zugestimmt.

Bezüglich der Vergebung von Straßenbauarbeiten und der Beschaffung von Baustoffen stimmte der Verbandsausschuß den Ausführungen der Verbandsleitung zu, daß gerade bei der derzeitigen Wirtschaftslage eine einheitliche, regulierende Vergebung dringend notwendig sei.

Wegen der Freigabe von Leinpfaden zu Wanderwegen wurde beschlossen, mit der Kanalbauverwaltung in Verbindung zu treten. Diese Verwaltung will die Leinpfade gegen eine geringe Pacht freigeben, unter der Bedingung, daß die Wege gegen den eigentlichen Kanal, durch einen einfachen Zaun gesichert werden. Der Verbandsausschuß erklärte sich im Interesse der Erschließung dieser Wanderwege grundsätzlich damit einverstanden, daß der Siedlungsverband sich mit einer Beihilfe zu den im übrigen von den Belegenheitsgemeinden zu tragenden Kosten, beteiligt.

Weitere Mittel für den Ruhrsiedlungsverband zum Straßenbau

Reich und Staat haben dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk weitere Mittel zur Beschäftigung von Arbeitslosen beim Bau der Verbandsstraßen zur Verfügung gestellt. Es ist jedoch nicht zu übersehen, inwieweit es dem Verband möglich sein wird, über sein Jahresprogramm hinaus in größerem Umfange Erwerbslose bei seinem Straßenbau zu beschäftigen. Einmal sind die Zinssätze, die für diese Arbeitslosendarlehen gefordert werden, verhältnismäßig hoch. Sie betragen nunmehr nach Bildung der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten" etwa 5½ Prozent, zu denen noch die Tilgungsrate einer allerdings verhältnismäßig langen Frist hinzukommt. Weiterhin deckt nach den bisherigen Erfahrungen die Förderung aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge nur etwa 45 Prozent der Gesamtkosten einer Straßendecke ab; der Rest verteilt sich auf Grunderwerb, Bauwerke, Materialien und dergl., die also vom Verband selbst und von den Belegenheitsgemeinden getragen werden müssen. Inwieweit es bei der derzeitigen kommunalen Finanzlage möglich sein wird, diese 55 Prozent der Baukosten aufzubringen, wird einer sehr ernsten Nachprüfung bedürfen. Nur in einzelnen Fällen wird es erreichbar sein, zunächst durch größere Erdarbeiten und dergl. eine unmittelbare Beschäftigung der Erwerbslosen herbeizuführen, ohne die restlichen 55 Prozent der Kosten alsbald zu benötigen. Immerhin soll alles versucht werden, außer den laufenden Arbeiten beim Bau der Verbandsstraßen noch weitere Erwerbslose im Laufe des Winters zu beschäftigen. In wesentlichem Umfange wird das aber erst dann möglich sein, wenn entsprechend den in der Presse wiederholt aufgetauchten Beschlüssen der Regierung den Kommunalverbänden von Reich und Staat langfristige Kredite zur Abdeckung der restlichen Kosten des Straßenbaues zur Verfügung gestellt werden. Dies ist bisher leider nicht geschehen, und es ist auch nicht zu übersehen, ob noch rechtzeitig im Laufe dieses Jahres derartige Mittel verfügbar gemacht werden können.

Betreuung jugendlicher Erwerbsloser

Die starke Erwerbslosigkeit der Jugendlichen, von der besonders die über 18 Jahre betroffen sind, darf nicht nur vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet werden, sondern erfordert auch die Aufmerksamkeit aller für die Jugend arbeitenden Kreise. Zur jugendpflegerischen Betreuung bedarf es dabei eines örtlichen und überörtlichen Zusammenwirkens aller Organisationen, der Kreis- und Ortsausschüsse für Jugendpflege, der Jugendämter und Berufsschulen, Arbeitsämter der Jugendverbände und Gewerkschaften.

Der Regierungspräsident hat die nachgeordneten Stellen darauf hingewiesen, daß in allen Orten, wo jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie kaufmännische Angestellte in erheblichem Maße erwerbslos sind, unverzüglich die geeigneten Maßnahmen zur Betreuung der Jugendlichen ins Auge gefaßt werden müssen. Als solche Maßnahmen erscheinen nach einer Rundverfügung des Regierungspräsidenten geeignet **die Einrichtung von Kursen und Freizeiten zur beruflichen Fortbildung aller Art**, wobei für Mädchen besondere Einrichtungen zu treffen sind, sowie die Heranziehung von Jugendlichen zu Jugendpflegelehrgängen und die Bereitstellung von Jugendheimen und anderen geeigneten Räumen (Lese-, Spielzimmer) für den Tagesaufenthalt. Daneben kommen noch in Frage die Organisation von Ueberstunden der Verbände für Leibesübungen in den Vor- und Nachmittagsstunden und die Durchführung von kurzen Wanderungen. Zur Mitarbeit müssen alle in Betracht kommenden Kreise geworben werden, um die schädlichen Einwirkungen der längeren Erwerbslosigkeit in der Jugend auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Zu begrüßen wäre es, wenn in allen Kreis- und Ortsausschüssen für Jugendpflege das Problem der jugendlichen Erwerbslosen unter Hinzuziehung aller in Frage kommenden Stellen zum Gegenstand der Betrachtung gemacht würde.

Die von der Regierung beabsichtigten Lehrgänge für erwerbslose Jugendliche sollen zunächst für die Bezirke mit besonders starker Erwerbslosigkeit, für die Stadt- und Landkreise Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck durchgeführt werden.

Ein „Pfaffen"-Schwindel als Wahlhilfe

Wenn das Zentrum ein gerüttelt Maß von politischen Sünden gegen die breiten Volksschichten auf sich geladen hat, dann ist es eine alte und bekannte Erscheinung, daß seine Zeitungsorgane und Agitationsredner, namentlich im Wahlkampfe, das bewährte Zugpferd aus dem Agitationsstall herausholen, die Religion sei in Gefahr und das Zentrum sei die einzige Partei, sie zu schützen, die Heiligkeit der Ehe, die reine Sittlichkeit, die Jugend vor der Verderbtheit der Zeit zu bewahren. Alle anderen Parteien werden mehr oder weniger der Religionsfeindlichkeit geziehen. Besonders die Parteien, die gerade gegen das Zentrum in Opposition stehen. Heute ist das vornehmlich die Sozialdemokratie.

Jeder Anlaß, und wenn er noch so abseits vom Schuß liegt, muß herhalten, die „abgrundtiefe" Religionsgegnerschaft der Sozialdemokratie" darzutun.

So glaubt die Zentrumspresse für diesen Zweck in folgendem Vorgang einen dicken Agitationshappen gefunden zu haben.

Der Vorgang ist folgender:

Am 26. August schrieb der „Sozialdemokratische Pressedienst":

„Am 8. Juni 1929 hielt Severing im Reichstag den Kommunisten ihre politische Großmäuligkeit vor. Er stellte rethorische Fragen, ob denn jemand an den Ausbruch der Weltrevolution am 1. August glaube. Der kommunistische Abgeordnete Maddalena war so im Banne der Rede Severings, daß er aus tiefstem Herzensgrunde rief: „Das glaubt ja niemand!" Der verstorbene Abgeordnete Höllein aber, abgebrühter als Maddalena, rief darauf seinem Parteifreund zu: „Du dummes Rindvieh!"

Sie glaubten damals nicht an die Weltrevolution, nicht zum 1. August und einen anderen Termin, sie glauben auch heute nicht daran. Sie glauben nicht, aber sie tun, als ob sie glaubten. Weil sie selber wissen, daß sie Charlatane sind, treiben sie schlimmste Spekulation auf die nationalistischen Instinkte. Das Kennzeichen des Pfaffen ist es, daß er nicht glaubt, aber Glauben heuchelt, daß er den anderen Glauben beibringen will, den er selber für Schwindel hält.

Arbeiter, wollt ihr auf die Leimruten der Pfaffen der kommunistischen Weltrevolution kriechen, wollt ihr euch zu Werkzeugen ihrer unehrlichen und verlogenen Absichten machen? Ihr würdet euch selbst schädigen!"

Am Tage darauf zitierte der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, die oben wiedergegebenen Worte und schrieb dazu:

Ist das nun Empfindlichkeit, wenn wir uns eine solche bodenlose Gemeinheit allen Ernstes verbitten. Immer mehr läßt die Sozialdemokratie ihr wahres Gesicht als Todfeindin der Kirche sehen."

Die Provinzpresse des Zentrums hat natürlich prompt eingehakt. So u. a. der „Stadt-Kurier" in Bottrop. Unter der Ueberschrift „Sozialistische Gemeinheit" — „Wieder sozialistische Religionsbekämpfung" schreibt er:

„Die Sozialdemokratie beschwert sich, wenn wir an ihrer „religiösen Toleranz" zweifeln. Herr Breitscheid spielt sogar den Entrüsteten. Gerade ihn fragen wir, ob er den „Sozialdemokratischen Pressedienst" vom 26. August gelesen hat? Wenn ja, was er zu folgender Gemeinheit, die wir dort lesen, sagt:

> **„Sie (gemeint sind die Kommunisten) glaubten damals nicht an die Weltrevolution... Sie glauben nicht, aber sie tun so, als ob sie glaubten... Das Kennzeichen des Pfaffen ist es, daß er nicht glaubt, aber Glauben heuchelt, daß er anderen Glauben beibringen will, den er selber für Schwindel hält.**

Ist das nun Empfindlichkeit, wenn wir uns eine solche bodenlose Gemeinheit allen Ernstes verbitten? Immer mehr läßt die Sozialdemokratie ihr wahres Gesicht als Todfeindin der Kirche sehen. Wahrscheinlich wird die sozialdemokratische Presse wieder wüst schimpfen, weil wir eine Gemeinheit eine Gemeinheit nennen. Das stört uns aber nicht im geringsten. Uns bringt ein rotes Blättchen nicht zum Schweigen. Wir kapitulieren nicht vor der Gemeinheit."

Da haben wir es. Der Bottroper Stadt-Kurier — und ihm werden andere Zentrumsorgane folgen — druckt eifrigst nach, was „Der Deutsche" in seiner Verbohrtheit ihm vorsetzt.

Was ist denn nun passiert?

Der „Sozialistische Pressedienst" polemisiert gegen das kommunistische Pfaffentum. Der „Deutsche" erklärt die katholische Kirche für beleidigt.

Aber ein Angriff auf Kirche und Christentum ist weder direkt noch indirekt erfolgt, der Begriff Pfaffe ist zu ihnen in keine Beziehung gebracht. Daß man unter einem Pfaffen einen Menschen versteht, der selber nicht glaubt, was er predigt, ist eine Tatsache, die weder für eine Kirche noch für einen Glauben beleidigend ist. Dadurch unterscheidet sich eben der Pfaffe von dem Priester, der von seiner Idee erfüllt ist, der für sie lebt und stirbt. Wie schon P. K. Rosegger gesagt hat:

Der Herrgott, der hat die Priester erschaffen.

Der Teufel, sein Feind, der geht her und macht Pfaffen.

„Der Deutsche" und mit ihm die Zentrumsorgane von dem Kaliber des Bottroper Stadtkuriers fälschen einen Angriff auf die KPD. zu einer Beleidigung gegen die katholische Geistlichkeit um. Das ist ein pfäffisches Treiben, das jeder ehrliche Priester und jeder echte Christ mit allen anständigen Menschen zusammen auf das entschiedenste verurteilen werden.

Doch, was verschlägt's.

Die Sorte Blätter wie „Der Deutsche" und der Bottroper Stadtkurier spekulieren auf die Urteilslosigkeit ihrer Leser und benutzen den Vorgang als Handhabe, ihren Lesern einmal wieder die grauenhafte Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie vorzudemonstrieren.

Ja, wahrhaftig, die Gemeinheit bleibt Gemeinheit. Und wer sich solcher Gemeinheiten bedient, auch im Wahlkampfe, Der richtet sich selbst, der ist jeder Religion, jedes Anstandes bar.

Hoffentlich erkennt das die Wählerschaft und gibt denjenigen, die so gern die Religion im Munde führen, aber die verlogensten Pfaffen sind, die richtige Antwort am 14. September.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



Die drei Zwerge standen nun im Park und fanden dort ein sonderbares Tier. Flaum sprach keck, das greifen wir.



Flick und Flock, die wußten was das war, und mußten heimlich lachen. Flaum jedoch guckte tief ins Spritzenloch.



Das gab bald ein Brausen und ein Ohrensausen und ein Schrei'n in Wassersnot. Flock, der lachte sich halb tot.



Doch die Schadenfreude rächte bald sich heute und am Ende lief vor Schreck, plitschenaß, der Flock noch weg.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Katastrophale Lage im Industriegebiet

Durchschnittlich 7 Prozent der Bevölkerung arbeitslos

Die Erwerbslosigkeit im Industriegebiet hat in den letzten Wochen eine katastrophale Zunahme erfahren. Allein in den Industrie- und Handelskammerbezirken Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg, Wesel, Krefeld waren Ende Juli 284 471 Personen = 6,8 Prozent der Gesamtbevölkerung der genannten Handelskammerbezirke erwerbslos. Inzwischen hat sich diese Zahl noch erhöht. Seit dem 1. August vorigen Jahres mit einer Erwerbslosigkeit von rund 103 000 sind die Ziffern der Erwerbslosigkeit ununterbrochen am steigen. Wir stehen gegenwärtig um 181 000 Erwerbslose oder um rund 180 Prozent über den Ziffern des Vorjahres. Die Entwicklung von Monat zu Monat zeigt zwar gewisse Saisoneinflüsse, so war die Zunahme in den Wintermonaten November, Dezember und Januar am höchsten. Aber noch nicht einmal die Frühjahrsbelebung war stark genug, um uns von diesen hohen Winterzahlen herunterzubringen. Auch im März dieses Jahres, dem relativ besten Monat, war noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 3389 Personen zu verzeichnen. Seitdem geht die Kurve weiter steil aufwärts, im April um 6948, im Mai um 12 591, im Juni um 10 966 und im Juli sogar um 19 310. Mitten im Sommer, also in den Monaten, die uns in den vergangenen Jahren die stärkste Entlastung des Arbeitsmarktes brachten, müssen wir in diesem Jahre ein Anschwellen der Arbeitslosenziffer erleben, das in der monatlichen Zunahme nur noch wenig hinter den Wintermonaten zurücksteht.

Von den einzelnen Bezirken ist der Handelskammerbezirk Duisburg-Wesel mit 49 099 Unterstützungsempfängern = rund 7,2 Prozent der Einwohnerschaft am schärfsten betroffen. Mit nur geringem Abstand folgt der Bezirk Bochum mit 7,1, Dortmund ebenfalls mit 7,1 und Essen mit 6,8 Prozent der Einwohnerschaft. Die absoluten Zahlen lauten für Bochum 73 160, für Dortmund 60 932 und für den Bezirk Essen 66 485. Mit etwas größerem Abstand folgt der Bezirk Krefeld mit 34 849 Unterstützungsempfängern = 5,6 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Von der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger in Höhe von 284 471 Ende Juli 1930 entfallen 249 104 auf Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 35 367 auf Unterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung. Diese Zahlen entsprechen einer Steigerung gegenüber dem Vorjahre um mehr als 200 Prozent in der Arbeitslosenversicherung (von 81 328 auf 249 140) und einer Steigerung um rund 64 Prozent in der Krisenunterstützung (22 449 auf 35 367).

Der Niedergang der Wirtschaft, der sich in diesen Zahlen spiegelt, wird auch durch eine Fülle anderer statistischer Angaben über Produktionsverhältnisse, Haldenbestände, Wagengestellungen usw. bestätigt.

Wissenswertes aus der Arbeitslosenversicherung

III

Die Arbeitslosenunterstützung besteht aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen. Der Familienzuschlag wird gewährt an Ehegatten, Kinder, Eltern, Voreltern, Stief- und Pflegekinder, wenn der Antragsteller diese Personen vor der Arbeitslosmeldung ganz oder überwiegend erhalten hat. Bei Kindern, sowohl eheliche als uneheliche, an Kindesstatt angenommene, als für ehelich erklärte Kinder gilt diese Einschränkung nicht, bei Stiefkindern nur, wenn diese einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch gegen einen Dritten haben (leiblicher unehelicher Vater). Das Alter der Kinder ist nicht ohne weiteres ausschlaggebend. Bei Kindern, die infolge Siechtums unfähig sind, sich selbst zu erhalten, kann der Zuschlag bis ans Lebensende gezahlt werden. Allgemein erlischt die Verpflichtung mit dem Ende der Volksschulpflicht. Die Unterstützung ist aber weiter zu gewähren, wenn das Kind eine höhere Schule besucht oder sich in Berufsausbildung befindet. Im letzteren Falle jedoch nur dann, wenn das Kind sich nicht überwiegend selbst ernährt, was z. B. anzunehmen ist, wenn der Lehrmeister Kost und Quartier gewährt.

Ein Witwer kann den Familienzuschlag für seine erwachsene Tochter erhalten, wenn dieselbe noch minderjährige Geschwister zu versorgen hat, nicht aber erhält der Bruder den Zuschlag für die Schwester, die ihm den Haushalt führt. Junge Leute erhalten den Zuschlag für die Eltern und Voreltern, wenn die letzten unfähig sind, sich selbst zu erhalten und kein eigenes Einkommen haben. Auch hier gilt, daß der Unterstützungsempfänger die Personen vor der Arbeitslosigkeit vorwiegend erhalten hat.

Geschiedene Frauen sind nicht Angehörige im Sinne dieses Gesetzes, für sie kann also kein Zuschlag gezahlt werden, wohl aber für Frauen, die das Recht haben, von ihrem Manne getrennt zu leben.

Für Familienmitglieder, die selbst Hauptunterstützung beziehen, kann daneben kein Familienzuschlag gewährt werden.

Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach den gezahlten Beiträgen. Nach ihnen wird ein Grundlohn festgesetzt, der die Unterlage für die Unterstützungshöhe bildet. Für Wochenverdienste von 1.— bis 60.— Mk. sind 11 Unterstützungsklassen gebildet. Wie schon einmal angedeutet, genügt der Nachweis über einen erzielten Verdienst nicht mehr zum Anspruch auf eine bestimmte Unterstützung, es müssen vielmehr entsprechende Beiträge gezahlt sein.

Der Grundlohn wird errechnet nach den Beiträgen der letzten 26 Wochen pflichtversicherter Tätigkeit. Wurde diese Tätigkeit unterbrochen durch Krankheit oder tageweiser Kurzarbeit, so müssen die 26 Wochen verlängert werden um die Zeiten des Ausfalls von Schichten, unter Nichtanrechnung des gewährten Krankengeldes. Konnte ein Arbeiter seinen Normallohn nicht verdienen, weil er stundenweise aussetzen mußte, so wird ein Lohn zugrunde gelegt, der bei geregelter Arbeitszeit erzielt worden wäre. Die Unterstützungen sind nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt. Während der Arbeitslose mit dem geringsten Einkommen 75 Prozent des Grundlohnes an Unterstützung erhält, beträgt dieselbe bei dem höchsten Verdienst nur 35 Prozent.

Hat ein Arbeitsloser seine Anwartschaft erlangt in einem Berufe mit hohem Verdienst, hat er deshalb auch ein Anrecht auf hohe Unterstützungen erworben, so erhält er trotzdem nur geringere Unterstützungssätze, wenn er in der Zeit der Arbeitslosigkeit in seinen Wohnort zurückkehrt, der sich in einem niederen Tarifgebiet befindet. In diesem Falle bemißt sich die Höhe der Unterstützung nach dem Einkommen, das er in der Heimat verdient haben würde.

Die Leistung von Gelegenheitsarbeit ist dem Arbeitslosen gestattet, wenn er dieselbe sofort dem Arbeitsamt meldet. Nach bestimmten Vorschriften erfolgt dann eine Anrechnung des Verdienstes auf die Unterstützung; Verdienst und Unterstützung dürfen aber höchstens 150 Prozent des wöchentlichen Unterstützungssatzes betragen.

Auf die Unterstützungen sind anzurechnen die Renten aus der Sozialversicherung, die ein Unterstützter bezieht, soweit dieselben den Betrag von 30 Mark im Monat übersteigen. Anrechnungsfrei bleiben nur Renten und Zusatzrenten, die auf Kriegsdienstschäden beruhen. Voll auf die Unterstützung sind anzurechnen die Ruhe- und Wartegelder sowie Witwen- und Waisengelder. Unterstützungen, die der Arbeitslose auf Grund eigener Vorsorge von seiner Gewerkschaft erhält, bleiben anrechnungsfrei.

Erhalten in einer Familie ohne Zuschlagsempfänger Mann und Frau zugleich Hauptunterstützung, so darf die geringere Unterstützung, in der Regel also die Unterstützung für die Frau, nur zur Hälfte ausgezahlt werden.

Hat ein Arbeitsloser nicht mehr als einen zuschlagsberechtigten Angehörigen und verfügt sein Ehegatte über eigenes Einkommen, so wird dasselbe auf die Unterstützung angerechnet, soweit es 35 Mark pro Woche übersteigt.

Bei Empfängern von Krisenunterstützung und bei Personen unter 21 Jahren kann die Gewährung der Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden, ohne daß hierfür eine Entschädigung gewährt wird, die den Mehraufwand des Arbeitslosen durch diese Tätigkeit übersteigt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Gemeindearbeiter in Kiel

Für öffentliche Wirtschaft

SPD. **Kiel**, 25. August. (Eig. Bericht.)

Im Kieler Gewerkschaftshaus wurde am Montag die erste Reichskonferenz des Gesamtverbandes, Reichsabteilung für Gemeindebetriebe und Verwaltungen, eröffnet. Die Konferenz ist von mehr als 200 Delegierten beschickt. Sehr stark ist die Teilnahme der internationalen Bruderorganisationen.

In seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schumann, darauf hin, daß mit dieser Tagung den Vertretern der Arbeiter in den Gemeindebetrieben und Verwaltungen zum ersten Male Gelegenheit gegeben worden sei, die Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte, wie sie im Gesamtverband erreicht worden ist, zur Auswirkung zu bringen. Wenn trotz der schwierigen Wirtschaftskrise die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bisher in der Lage war, mit Erfolg die von den Unternehmern auf der ganzen Linie angestrebte Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren, so sei das vor allem auf die Stärke der Gewerkschaften, auf die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte zurückzuführen. Schwere Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit bereiteten sich vor; aber wir hoffen zuversichtlich, daß der Wahlkampf mit einem Siege der Arbeiterschaft endet und auch die Arbeitskämpfe erfolgreich durchgeführt werden.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, hielt einen Vortrag über

„Die Wirtschaft der Gemeinden".

Er knüpfte an die vielfachen Angriffe an, die gerade in der letzten Zeit in wachsendem Maße gegen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden gerichtet worden sind, und setzte sich zunächst mit ihren Ursachen und Zielen auseinander, um dann ein Bild der Entwicklung und Bedeutung der Gemeindewirtschaft in großen Zügen zu entrollen. Mulert wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Versuche von privatwirtschaftlicher Seite, die gemeindliche Wirtschaft einzudämmen. Im Gegenteil, so betonte der Redner, **mache die starke Konzentration in der Versorgungswirtschaft, insbesondere der Gas- und Elektrizitätserzeugung und Verteilung, eine öffentliche Mitwirkung für die Wahrung der gemeinnützigen Ziele heute nötiger als je.** Die heutige Wirtschaftsordnung brauche einen Ausgleich durch die lediglich auf den Dienst an der Gesamtheit gerichtete Kommunalwirtschaft. Die Gemeindewirtschaft unterscheide sich von der Privatwirtschaft dadurch, daß ihr Streben **nicht privatkapitalistische Rentabilität, sondern volkswirtschaftliche Produktivität** ist, die allein den Lebensstandard des gesamten Volkes zu verbessern und günstig zu beeinflussen in der Lage ist. Man könne und dürfe die Gemeindewirtschaft nicht einseitig nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen betrachten und beurteilen, was durchaus nicht ausschließe, daß auch für sie der Grundsatz rationeller Betriebsführung Geltung hat. Starre und feste Grenzen für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden könne es nicht geben. Auch die Gemeindewirtschaft unterliege den Gesetzen der Entwicklung. Die Universalität der Zuständigkeit, die die deutschen Gemeinden seit mehr als 100 Jahren besitzen, dürfe ihnen nicht mehr geraubt werden. **Die großen wirtschaftlichen Einrichtungen der Gemeinden bedürften der Bereitstellung von Kapital, das nur auf dem Anleihewege beschafft werden kann.** Eine richtige Anleihepolitik sei geradezu eine Voraussetzung für die Entfaltung wirtschaftlicher Betätigung. **Jede Schlechterstellung der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft müsse von den Gemeinden mit größter Eindringlichkeit bekämpft werden.** Das gelte auch für die Forderungen der Privatwirtschaft nach stärkerer Besteuerung der gemeindlichen Wirtschaft. Die Gemeindebetriebe **vertrügen keine weitere steuerliche Belastung, sie bedürfen auch keiner weiteren Staatsaufsicht und staatlicher Kontrolle.** Die Gemeinden hätten selbst das denkbar größte Interesse an einer immer besseren Betriebsführung und ihr Bestreben ist, durch rationelle Zusammenfassung der Kräfte die Gemeindewirtschaft zu einer vorbildlichen Wirtschaft auszubauen. Dort, wo eine Ueberführung der kommunalen Betriebe in eine private Rechtsform sich notwendig erweisen sollte, sei immer darauf zu achten, daß sie niemals der erste Schritt zu einem Uebergleiten in die Hand der Privatwirtschaft sein darf.

Die Konferenz nahm nach dem Referat Mulerts eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Umfang und Art der Wirtschaftsbetätigung der Gemeinden sind von jeher aufs stärkste beeinflußt von den besonderen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, den Zeitumständen und der sozialen Schichtung der Bevölkerung. Erhaltung und Aufbau insbesondere der Versorgungsunternehmungen und der Verkehrseinrichtungen der Gemeinden sind ganz besonders für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte und die Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung, die Stärkung ihrer Lebens- und Arbeitskräfte von entscheidender Bedeutung. Jedes Eingreifen des Gesetzgebers, jede Schlechterstellung der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft ist deshalb mit Entschiedenheit abzulehnen. Verfehlt sind deshalb auch alle Maßnahmen, die die Finanz- und Kreditpolitik der Gemeinden für ihre Versorgungsunternehmungen in der dringendst erforderlichen Bewegungsfreiheit im inländischen und ausländischen Kapitalmarkt einengen. Deshalb ist die Aufhebung, mindestens aber die Einschränkung der Befugnisse der Beratungsstelle für Auslandskredite dringendstes Gebot der Stunde."

Ueber

„Die Organisation der Gemeindearbeiter, Angestellten und Beamten"

referierte der Leiter der Reichsabteilung, Karl Polenske, der u. a. folgendes ausführte: „Am 1. Januar 1930 waren im Organisationsgebiet 383 826 Beschäftigte vorhanden. In der Reichsabteilung des Gesamtverbandes waren davon organisiert 238 124 = 62 Prozent der Beschäftigten. 9,9 Prozent der Beschäftigten gehören anderen Gewerkschaften an, unorganisiert sind 28,1 Prozent. Die Gesamtzahl der Beamten und Angestellten in der Reichsabteilung A beträgt 25 349. Nur mit Hilfe der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft werden die Beamten ihre Position gegenüber ihren Gegnern behaupten. 443 Verträge regeln die Arbeitsverhältnisse für 320 153 Beschäftigte. Erfaßt werden von ihnen 75,5 Prozent aller Beschäftigten. Dazu kommen noch 13 Tarifverträge, die die Reichsfachgruppe der Feuerwehrmänner mit beschlossen hat. Insgesamt unterstehen 227 479 Verbandsmitglieder 479 Tarifverträgen. Im Jahre 1929 hatte die Organisation 404 Tarifbewegungen durchzuführen. Alle Bewegungen wurden mit einem teilweisen Erfolg beendet. Die Lohnbewegungen des Jahres 1930 standen bereits unter dem Druck der gewaltigen Arbeitslosigkeit und ihrer Auswirkung auch auf die Gemeindebetriebe."

Die bisherige Leitung der Reichsabteilung wurde von der Konferenz einstimmig bestätigt. Mit dem Absingen der Internationale und einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen.

3proz. Preissenkung in Deutschland 15proz. Preissenkung in Amerika

In Deutschland herrscht eine ebenso starke Wirtschaftskrise wie in USA. Für Deutschland ist die schnelle Erholung aus der Krise aber noch wichtiger als für die USA., weil Deutschlands Lebenskraft sehr stark vom Export abhängt. Aber die Preisentwicklung in Deutschland ist unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenzkraft Deutschlands auf dem Weltmarkt geradezu verhängnisvoll:

Die letzten statistischen USA.-Ziffern zeigen, daß die innere Kaufkraft des amerikanischen Dollars vom 25. August 1929 bis zum 24. August 1930 (1913 = 100 gesetzt) von 67,9 auf 78,9 oder um 16,39 % gestiegen ist. In der gleichen Zeit ist der deutsche Lebenshaltungsinder nur um 3,01 % zurückgegangen, die innere Kaufkraft der Mark also nur um 3,01 % gestiegen. Obwohl die amerikanische Wirtschaftskrisis später als die deutsche eingesetzt hat, sind die amerikanischen Preise fünfmal so schnell gesunken als die deutschen.

Kann ein Zweifel darüber bestehen, daß das für Deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ein unbedingt schlechtes Zeichen ist?

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine

gibt den Wochenumsatz pro Mitglied für den Monat Juli 1930 mit 8,76 Mark an gegenüber 8,44 Mark im Vormonat, 9 Mark im Juli 1929 und 8,10 Mark im Juli 1928. Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr hat sich damit von 0,45 Mark im Monat Juni auf 0,24 Mark verringert. Das ist sicherlich ein Zeichen für die befriedigende innere Verfassung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Wenn man den Preisrückgang bei den Konsumgenossenschaften in Betracht zieht, so dürfte sich der Wochenumsatz gegenüber dem Vorjahr gesteigert haben.

Unterhaltung und Wissen

Nick Carter und Sherlock Holmes erzählen

Detektivisches Gespräch

Groteske von Harry Schreck

„Der alte Diener mit dem weißen Backenbart war es nicht", äußerte Nick Carter düster, indem er mit jenem durchdringenden Adlerblick, der ihn auf mindestens dreiundvierzig Fortsetzungslieferungen zu verpflichten pflegte, seine Fingernägel besah, „es kann nicht der Diener gewesen sein. Denn es wäre allzu einfach, in einem Manne, der wegen Scheckbetruges vorbestraft ist, den Mörder zu vermuten. Und ich bin schließlich Detektiv. Wir sind nicht für billige Lösungen, die auf der Hand liegen. Denn sonst müßten wir auf den Chauffeur mit dem Holzbein raten. Nur, es widerstrebt mir zutiefst, den Verbrecher in einem Menschen zu finden, der wegen Totschlags im Zuchthaus gesessen hat. Ich denke, das wäre zu unkompliziert . . ."

Der andere, es war Kollege Sherlock Holmes, schwieg beharrlich; aber der Dampf seiner Shagpfeife umwölkte mit immer geheimnisvollerer Heftigkeit das energische Profil des Meisterdetektivs, der im Lederklubsessel saß.

*

„Wir stehen vor dem unerhörtesten Verbrechen, das uns in unsern Laufbahnen begegnet sein dürfte", nahm Nick Carter nach kurzer Weile das Gespräch wieder auf. „Denn hier sind nicht allein eine Filmdiva, zwei Bankpräsidenten und drei Kassenboten ermordet worden — hier ist auch ein Mann in einer schwarzen Seidenmaske aufgetaucht, ein Diamantenarmband von Millionenwert verschwunden, ein Dom mit Dynamit in die Luft gesprengt und der Verein reitender Zahnärzte mit Opium vergiftet. Daß in diesem Zusammenhang auch der uneheliche Sohn des Maharadschas von Lahore entführt und ein Puma aus seinem Zwinger befreit wurden, erwähne ich nur der Ordnung halber nebenbei."

Sherlock Holmes begann sich aus seinem Nachsinnen aufzuraffen. „Muß es Ihnen nicht auffallen," murmelte er mit einer Ueberlegenheit, die jeden seiner Verehrer entzückt hätte, „daß jener bulgarische Maler, der hier vor einer guten Viertelstunde das Zimmer durchschritten hat, ohne Zweifel keinen Smaragdring am kleinen Finger der linken Hand trug? Er hat heute morgen einen Wagen bestiegen, auf dem vier Männer mit gefärbten Augenbrauen saßen, und dann sein Mittagessen an einem Stammtisch verzehrt, wo ein einäugiger Kellner mit sommersprossiger Stirn bedient. Er ist jetzt gegangen, um das Banksafe einer verstorbenen Gräfin mit dem Stemmeisen zu öffnen."

„Wir werden den Fall des bulgarischen Malers im Anschluß an unsere jetzige Unternehmungen aufklären", äußerte Nick Carter mit Nachdruck. „Ich komme auf die augenblickliche Lage zurück und mache Sie darauf aufmerksam, daß die einzige Person, auf die bisher kein Argwohn gefallen ist, eine taubstumme Blumenverkäuferin ist. Denken Sie nach: sie stopft Strümpfe in ihrer Freizeit. Wir kommen hier auf die Spur: Menschen, die Strümpfe stopfen, wollen sich den Anschein voller Harmlosigkeit geben. Es bleibt bei der Blumenverkäuferin, sage ich Ihnen. Der Polizei ist das natürlich entgangen, weil die Polizei bei solchen Aufgaben auf das schmählichste versagt."

„Es muß der bulgarische Maler gewesen sein," flüsterte Sherlock Holmes, indem er sich mit plötzlichem Lächeln über den Tisch beugte, „denn der bulgarische Maler hat überhaupt nichts mit dem Fall zu tun, während die taubstumme Blumenverkäuferin immerhin an der Mordstätte vorbeigegangen ist. Jeder weiß, daß sich Mörder zu irgendwelcher Zeit in der Nähe ihrer Opfer zu zeigen haben."

„Sie vergessen den Mann mit der schwarzen Seidenmaske!" antwortete Nick Carter geärgert. „Ueberlegen Sie doch, ein Mann mit einer Maske ist stets eine Frau. Ziehen Sie nun die ermordeten Kassenboten und das Dynamit in den Umkreis Ihrer Erwägungen. Ja, und wenn Sie auch jetzt noch nicht überzeugt sein sollten, eine tote Filmdiva und der uneheliche Sohn des Maharadschas müßten es unwiderleglich beweisen, daß hier nur die taubstumme Blumenverkäuferin in Betracht kommen kann."

„Wir werden", entgegnete Sherlock Holmes in männlichem Ernst, „den bulgarischen Maler und die taubstumme Blumenverkäuferin verhaften. Aber damit wir ganz sicher gehen, wollen wir auch den sommersprossigen Kellner und jene vier Männer mit den gefärbten Augenbrauen in Gewahrsam nehmen. Dann haben wir alles beisammen, was anscheinend mit dem ungewöhnlichen Fall nichts zu tun hat."

*

Das Geräusch, mit dem einige Gestalten eintraten, ließ Nick Carter sowie Sherlock Holmes aufblicken. Vor ihnen standen, von sechs revolverzückenden Polizisten begleitet, drei Männer in Handschellen.

*

„Sie verzeihen die Störung," und der Sprecher, der als erster hervortrat, trug den weißen Backenbart des alten Dieners, „auf dem Wege zur Polizeiwache treffen wir zufällig hier mit Ihnen zusammen. Leider teilen die Herren, welche uns festgenommen haben, nicht den Glauben, daß der frühere Scheckbetrug jeden weiteren Verdacht hinfällig mache. Sie sind der Meinung, daß solche unkomplizierten Verhältnisse den Argwohn begünstigen."

Nick Carter lächelte zum Kollegen Holmes hinüber; und Kollege Holmes lächelte zu Nick Carter zurück. „Hier sind selbstverständlich die Falschen verhaftet", riefen sie beide gleichzeitig aus.

„Zu meinem aufrichtigen Bedauern", nahm der nächste das Wort; und bei näherem Zusehen war es der Chauffeur mit dem Holzbein, „hat mich weder der Totschlag noch mein Zuchthaus vor der augenblicklichen Festnahme geschützt. Ein verschrobener Eigensinn hat uns zu diesen Handschellen verholfen, obwohl Männer von vorgeschrittenem Denken wie Sie heut mitleidig über so einfache Maßnahmen lächeln und schärfere Methoden befolgen."

Sherlock Holmes lächelte zu Nick Carter hinüber; und Nick Carter lächelte zu Sherlock Holmes zurück. „So arbeitet die Polizei!", und man wußte nicht, ob dies Nick Carter oder Sherlock Holmes sagte.

„Wenn ich Sie darauf aufmerksam machen darf," und der entsprungene greise Raubmörder drängte sich in den Vordergrund, „wir haben alle Ursache, Ihnen für Ihre Theorie zu Dank verpflichtet zu sein. Leider haben wir, und das wurde unser Verhängnis, allzu fest darauf vertraut, daß auch die Polizei sich Ihren Gepflogenheiten angepaßt hat. Das ist schade; denn sonst ständen wir nicht hier. Aber die Polizei ist eben rückständig . . ."

*

„Sie sind ein außergewöhnlicher Fall," sprach Nick Carter nachdenklich, „denn Sie sind hinter unseren Trick gekommen, mit dem wir jeden entlarven."

„Woher wußten Sie das," fragte Sherlock Holmes langsam, „daß wir unsere Mörder grundsätzlich nur unter denen aussuchen, die unverdächtig erscheinen?"

„Nun, man liest nicht umsonst dreiundvierzig Fortsetzungslieferungen", bemerkte der greise Raubmörder schlicht.

Schbass bein Obdigger

Von Werner Illing

Beim Optiker.

Paul kann in der Schule nicht erkennen, was der Lehrer an die Wandtafel schreibt. „Da geh ma middn Jung' bein Obdigger . . .!" hat die Mutter gesagt. „Der schbegulier bloß uff ne Brille . . ." hat der Vater geantwortet, „. . . aber 's is eechahl, mir genn' schon ma bein Obdigger geh'n, wennde meenst, Mudder."

Onkel Karl hat sich erboten, an der Expedition teilzunehmen.

Der Optiker weiß Bescheid. Er setzt dem Knaben ein Blechgestell auf die Nase, der Kasten mit Einsatzgläsern steht aufgeklappt bereit, er ist mit blauem Sammet ausgeschlagen.

Paul wird auf einen Stuhl geknickt, der Optiker tritt zur Lesetafel, auf der Zahlen und Buchstaben von den feinsten bis zu den gröbsten aufgedruckt sind.

„Was ist das?" fragt er pädagogisch — mild und deutet auf ein mittleres O.

„A!" sagt Paul sicher.

„Das sieht doch e jedes Färd, daß das e Kuh is" entrüstet sich der Vater, „mach's Maul zu un schbärr de Oochn uff, Junge, sonst glatscht's!"

„Laß den Jung' nur machn . . ." begütigt Onkel Karl.

Da gibt's nischt zu feixen, Garl . . ." Der Vater ist aber sehr wild.

„Ich feixe garnich!" sagt Onkel Karl und feixt übers ganze Gesicht.

„Sie dürfen das Kind nicht verschüchtern, meine Herren" meint der Optiker. Er tippt auf der nächstgrößeren Linie eine fette 3 an. „Und das, Kleiner?"

„Erscht war A . . . flüstert Paul und heftet seinen Blick sorgenvoll an die Decke . . . da gommt chetzd R . . . (laut) R, Herr Lehrer!"

„Unglaublich!" Der Optiker wechselt die Glaseinsätze, der Vater ist ganz bestürzt. „Von mir gann'r das nich ham . . . mir ham erschdglass'che Oochn in meiner Famiesje, Oochn wie Luxe, da gibb's nischt . . ."

„Na, junger Mann, nu strengen Sie sich mal 'n bißchen an . . .!"

Paul zählt an den Fingern ab: „A . . . R . . . (halb weinerlich, halb im Trotz) . . . S, Herr Lehrer!" Er duckt sich zwischen seine dünnen Schultern, so daß nur die roten Ohren hervorschauen, „. . . chetz gommt S", seufzt er noch einmal.

„Der Junge is blind" stöhnt der Vater und trocknet sich den Schweiß von der Stirn. Der Optiker schüttelt sehr bedenklich den Kopf und ändert den Einsatz aufs Neue.

„Merkste nischt?" fragt Onkel Karl den Vater erwartungsvoll und kann mit Mühe das Lachen verbeißen.

„Was soll'ch'n merken . . .? Wer weeß, filleicht hat der Junge 'n grauen Schdar . . .?"

„Quatsch!" entgegnet Onkel Karl und sieht plötzlich böse aus.

Paul senkt plötzlich den Kopf, unter dem Blechgestell kullern Tränen hervor. „Sch . . ." sagt er, er zischt wie eine kleine Lokomotive „. . . sch . . . sch . . . sch . . .", heult, plärrt und prustet hemmungslos heraus: „. . . mehr sach' ich nich, nee, mehr sach' ich nich . . ."

Der Optiker krümmt sich wie ein Spiralnebel, der vergebens um die Schöpfungsrätsel kreist. Sein Blick gleitet hilflos über die diversen Barometer an der Wand, während seine Hand müde an der Zeichentafel herabrutscht.

Der Vater betrachtet seinen Sohn wie eine scheußliche Mißgeburt. Aber noch ist Onkel Karl da. Er schiebt sich breit vor Paul, zieht den Kopf ein, wie ein gereizter Bulle und schreit erbost: „Merkste noch immer nischt, Richard?"

Wie aus schweren Träumen lallt der Vater: „Was Herrjeeses, soll'ch denn eechahl merken, Garl? Nu heere endlich ma uff . . . (halb schluchzend) „. . . das arme Gind . . . mr solldes noch fier meechlich hald'n . . ."

„Wennde geen Schbaß mehr verstehsd, Richard", explodiert Onkel Karl, „dann had's ooch geen Zweck, daß'ch mid bein Obdigger geh'n tue . . . Denn Feieramd!" und will raus. Aber schon ist Paul vom Stuhl geglitten, verschluckt tapfer die Tränen und hängt sich an Onkel Karls Hosenboden. „Die Marg, Ongel Garl . . . die Marg, die de mir verschbrochen hasd!" Es ist der wilde Aufschrei der gepeinigten Kreatur, dem sich auch Onkel Karls enttäuschte Wut nicht entziehen kann. Er greift großartig in die Westentasche und wirft Paul einen Fuffziger hin.

„Das is fier de erschte Hälfde . . ." knurrt er verächtlich. „Den Rest gannsde dein' bepabb'n Vat'r ins Ohrloch fliistern . . !" reißt sich los und knallt die Tür hinter sich zu.

Oeffnet die Tür behutsam, steckt den Kopf durch den Spalt und sagt versöhnlich: „Gee bißl Humor, ihr Brieder . . . Ich geh immer in de Gneibe nieber, Richard . . . wünsch' gudenamd."

Schließt die Tür, als ginge sie in ein Schwerkrankenzimmer.

Geisterhaft senkt sich noch einmal die Klinke. Nur eine Nase erscheint. Unendlich zart und aus entrückten Sphären tönt Onkel Karls Stimme: „Nischt fier ungut . . . Herr Obdigger . . ."



Nachdruck verboten. (31. Fortsetzung.)

Es war ihm selbst gleichgültig, daß die Trauben an den Stöcken da schon nahezu im Wein standen, er hatte jetzt kein Auge dafür. Und ein höhnendes lautes Lachen hätte er über sich selber anschlagen mögen, daß er wieder einmal der Dumme war. So dumm war, dem Vater des Mädchens, das ihm untreu geworden war, noch seine Ersparnisse anzubieten, schier aufzudrängen. Ein Glück, daß der Bremm nicht gewollt hatte!

Aber Bremm sagte jetzt, am Warmenberg angelangt, in den sie nun hineingingen: „Wenn Ihr denn wirklich so gut sein wollt und mir borgen, dann nehmen ich et doch an. Ich muß et ja annehmen. Denn, seht!" Er wies mit der Hand rundum, und in seinen düsteren Augen glomm ein Licht auf: „All die Trauben!"

Es hingen ihrer viele, kein Stock setzte aus, und sie waren gesund. Keine Beeren durch den Sauerwurm schwarz geworden oder sonstwie befallen, hingen dazwischen, und das Weinlaub war nicht verkrumpelt, große, vollentwickelte Blätter zeigten ihr schimmerndes Grün unterm weißbläulichen Anhauch. „Dat wär ja en Jammer", sagte Bremm und atmete auf.

Seit Bremm im Berg war, fühlte er sich freier. Er empfand plötzlich die Last nicht mehr so, die ihm auf der Seele lag. Wie, hatte er denn gestern nicht, vorgestern, nicht all die Tage schon gesehen, wie gut es eigentlich hier stand? Nein. Er war zu mutlos gewesen, er war allein. Aber heute ging einer neben ihm, der ihm Mut gab. Wenn der junge Dreis ihm das vorstreckte, was er so herzlich, so dringend angeboten hatte, dann konnte er sich wieder rühren, war nicht wie gelähmt. Dann konnte er Zinsen und Steuern zahlen, und wenn er dann einen guten Herbst machte, und wären es selbst nur drei Fuder, dann war ihm geholfen. Dann bezahlte er zuerst seine Schuld an den Dreis zurück; der durfte nichts an ihm verlieren. Den Blick hebend und voll in das Gesicht des jungen Winzers sehend, sagte er, und ein Lächeln, wie sein Gesicht es lange nicht gezeigt hatte, huschte darüber hin und milderte dessen verschlossene Härte: „Ich danken Euch vielmals. Ich hoff, ich kann et Euch einmal vergelten, wat Ihr an mir tut, an mir und an meiner ganzen Familie!" Er faßte, wie plötzlich ergriffen von Rührung und Freude — Herrgott ja, er war nun erlöst, erlöst! — nach der Hand des Dreis und schüttelte sie kräftig: „Sie werden et Euch alle danken."

Alle — die Maria auch! Das schoß dem Kaspar blitzschnell durch den Kopf. Er vergaß völlig, daß er sich soeben noch einen Dummen geheißen hatte und die Maria untreu. Kräftig gab seine Hand den Druck zurück und kräftig klang seine Stimme: „Wir Winzer müssen zusammenhalten!" Und dann wagte er es, nun sicherer geworden, noch einmal nach dem Mädchen zu fragen, das heißt, doch nur ganz hintenherum: „Et is auch zuviel Arbeit für Euch allein. Euer Schwiegersohn, der müßt tüchtig sein!" Er klopfte nur auf den Busch. Aber da sprang auch der Hase gleich.

„Schwiegersohn?" Bremm sah verwundert aus, er wußte von keinem Schwiegersohn; es war auch keiner in Aussicht. „Schwiegersohn —?!" Aber freilich, wenn er einen kriegen könnte, der tüchtig war! Wieder huschte ein Lächeln über sein Gesicht und machte es weicher, sein Blick traf voll und freundlich den jungen Mann: „Ja, den könnt ich gebrauchen."

Weiter wurde nichts darüber gesprochen; aber sie wußten ja nun beide Bescheid. Als sie durch den ganzen Berg gegangen waren, den mit vollem Interesse gemustert hatten, trennten sie sich unten vorm Dorf. Der Nachen des Dreis lag da an einem Stumpf festgemacht. Sie schüttelten sich noch einmal die Hände, schon im Nachen stehend lüftete Dreis abschiednehmend seinen Hut, da sagte Bremm noch: „Anfang Oktober kömmt die Maria."

Und diese letzten Worte nahm Kaspar sich mit. Sie waren ihm wie eine Verheißung. Die Maria, die Maria, nun kam sie bald! Und sie hatte ja gar keinen Bräutigam — das wüßte ihr Vater doch —, es gefiel ihr nur nicht mehr fort von Hause. Ach, es würde wieder schön sein wie früher, sie war noch die gleiche, sie war ihm nicht untreu geworden! Untreu — was für ein Unsinn! Der Kaspar lächelte in sich hinein, als er mit langsamen Ruderschlägen zum anderen Ufer hinüberglitt. Er ließ sich mehr treiben, als daß er ruderte, versonnen sah er den Tropfen zu, die perlend vom erhobenen Ruder rannen; er war sehr glücklich. Den Brief des Mädchens hatte er ganz vergessen. —

Auch Bremm war glücklich. Er kam mit einer Miene zum Mittagessen nach Hause, daß die Frau sich heimlich verwunderte; sie war es nicht mehr gewohnt, daß ihr Mann so erheitert aussah, und sie verwunderte sich noch mehr, als er das Paulinchen in den Keller schickte nach etwas Besserem als nach dem Fluppes. Er hatte da noch ein paar Flaschen stehen, übriggeblieben vom Einundzwanziger. Sie waren ihm immer wie heilig gewesen.

„Anna, hol du dir auch en Glas", sagte er heute. Er schenkte ihr ein. Die Kinder standen herum mit erstaunten Augen: das hatten sie noch nie gesehen, daß Vater und Mutter zusammen Wein tranken.

Bremm leerte sein Glas auf einen Zug. Er leckte mit der Zunge über die Lippen und holte dann tief Luft: ha, das war ein Labsal! Er schenkte sich wieder ein, und es durchrann ihn wohlig. Daß man sich das nicht immer gönnen konnte! Man selber hatte wohl die Mühe davon, andere aber den Genuß. Man war eben dumm, so dumm darin wie in allem anderen. Mit diesem Tropfen im Leibe sah man die Welt ganz anders an. Er fühlte, wie es ihm leicht ums Herz wurde.

Der Mann hatte schon das dritte Glas geleert, als die Frau noch am ersten nippte; es stand noch vor ihr halb voll. Es war ihr so seltsam, daß sie hier mit ihrem Mann sitzen und Wein trinken sollte, so seltsam, wie er selber ihr seltsam vorkam. Seine Miene war aufgehellt, er sprach, er lachte sogar. Das erschreckte sie mehr, als daß es sie erfreute. Ach, sie hatte ja so gar keinen Grund zum Sich-freuen! Und als sie wieder das Glas zum Munde hob, rann eine Träne hinein.

Bremm sah es. „Daß ihr Weiber immer heulen müßt! Freu dich doch, dat ich auch emal vergnügt bin. Wat meinste, wenn uns' Maria den Kaspar Dreis heiraten tät, wär dat nit en Freud?"

„En Glück", sagte sie rasch. „En groß Glück!" Sie wurde ganz rot. Hastig rückte sie ihrem Mann näher und faßte seine Hand, die im Takt auf den Tisch trommelte: „Sag bloß, wie kommste dadrauf? Wer hat dat gesagt? Hat er et gesagt? Hat die Maria et gesagt? Ach, die is ja noch gar nit da — Jesus, ich bin wohl ganz dumm vor Freud!" Sie hing an seinem Munde, sie drängte: „Sag doch!" Das war ja ihr Herzenswunsch, eine Hoffnung, die sie schon lange heimlich genährt hatte. Wenn der Dreis die Maria heiratete, dann war dieses Kind gut versorgt, der junge Mann war tüchtig und fleißig, und er würde seine Frau in Ehren halten. Wie war dieses Glück nur so rasch gekommen? Sie rüttelte ihren Mann, der vor sich hin in sein Glas blickte: „Nu sag doch, sag doch!"

(Fortsetzung folgt.)

Opfer der Hitze

Die ungeheure Hitze forderte in Elberfeld ein weiteres Opfer. In einer Elberfelder Buchhandlung wurde plötzlich ein alter Mann von einem Hitzschlag betroffen. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Acht Scheunen eingeäschert

Am Donnerstagnachmittag brach in einer Scheune in Mengerskirchen bei Limburg ein Feuer aus, das innerhalb 1½ Stunden acht Scheunen einäscherte. Die gesamten Erntevorräte von 15 Landwirten wurden vernichtet. Die Gebäude waren zum Teil nicht, zum Teil nur sehr gering versichert. Die Brandursache konnte nicht festgestellt werden. 12 Feuerwehren der Umgebung konnten nach angestrengter Arbeit ein weiteres Ausbreiten des Flammenmeeres verhindern.

Weitere Betriebseinschränkungen im Bergbau

Auf der Zeche „Graf Bismarck" werden neue Betriebseinschränkungen zur Durchführung kommen. Der alte Schacht 3 in Buer-Erle soll nämlich ganz stillgelegt werden. Die Förderung wird nach dem neuen Schacht 7 verlegt. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme kommen 160 Mann der Belegschaft zur Entlassung. Auch an den Angestellten sollen Einsparungen vorgenommen werden.

Bücher und Zeitschriften

Jugend und Reichstagswahl

Soeben erschien Heft Nr. 34 der Zeitschrift „Das Freie Wort". — Es ist dem besonders aktuellen Problem: Jugend und Reichstagswahl gewidmet. Genosse Gustav Weber unterzieht die Bemühungen unserer Gegner um die Jugend einer scharfen Kritik und legt überzeugend dar, daß die Jugend nicht Worte, sondern Taten verlange. Unsere Aufgabe muß es sein, der Jugend die Leistungen und Kampfziele der Sozialdemokratie nahezubringen. Das Heft bringt Zuschriften und Vorschläge für die Gewinnung der Jugend.

Im Leitartikel „Wissenschaftlicher Sozialismus" widerlegt Genosse Heilmann die Phrasen, die im Kampf gegen den Marxismus geprägt werden. Die Entwicklung hat in den letzten 60 Jahren genau in den Linien des wissenschaftlichen Sozialismus vollzogen und wird sich weiter so vollziehen. — Ein Artikel des Genossen S. Aufhäuser „Demokratie, der Arbeit Waffe, der Bürger Schreck", und die erstmalig erfolgende Veröffentlichung des Protokolls der Wydener Parteitages, Aussprache und Notizen vervollständigen den Inhalt der Nummer.

Bis zum 14. September steht „Das Freie Wort" ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Die Genossen finden im Diskussionsorgan der Partei wertvolles Material für ihre Agitation. Wir empfehlen jedem Genossen den Bezug dieser Zeitschrift.

„Das Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pf. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Kulturfragen im Wahlkampf

Im Mittelpunkt dieses Wahlkampfes stehen die Grundfragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik. Schärfer als in früheren Wahlkämpfen zeichnen sich die Klassenfronten ab: hie Kapital — hie Arbeit! Aber auch auf kulturellem Gebiet treten diese Fronten schärfer als bisher hervor. Diesen Gedankengang entwickelt Dr. August Siemsen im Leitaufsatz des soeben erschienenen Augustheftes der „Sozialistischen Bildung", in dem er die großen kulturpolitischen Aufgaben umreißt, die die Sozialdemokratie im Wahlkampf zu vertreten hat.

Eine gute Ergänzung zu diesem programmatischen Artikel bietet der umfangreiche Aufsatz von Leo Friedjung „Der kulturelle Niedergang der kommunistischen Bewegung", der aufschlußreiches Material über das Verhältnis der KPD. zu den verschiedensten proletarischen Kulturorganisationen enthält und den geistig-moralischen Verfall innerhalb der jetzigen kommunistischen Bewegung schildert. Nicht minder aufschlußreich sind auch die Aufsätze von Dr. Kurt Nölting „Staatliche Arbeiterbildung" und von Erwin Marquardt „Wandlungen in der Volkshochschulbewegung", in denen die wichtigsten Probleme der staatlichen Wirtschaftsschulen sowie der städtischen Volkshochschulen aufgezeigt werden. In einem temperamentvollen Aufsatz von H. Braune, „Wege und Ziele sozialistischer Filmproduktion" werden im Anschluß an die Nürnberger Reichsbildungskonferenz konkrete Vorschläge für den Ausbau des sozialistischen Filmwesens gemacht.

In der „Sozialistischen Erziehung", der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung", skizziert Dr. Kurt Löwenstein die Aufgaben der sozialistischen Lehrer im Wahlkampf. Hans Weinberger wendet sich in energischer Weise gegen die Maßnahmen, die die bayerische Regierung gegen die Kinderfreundebewegung unternommen hat.

Die „Sozialistische Bildung" ist mit ihren Beilagen „Bücherwarte" und „Sozialistische Erziehung" zum Preise von 1,50 Mark für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Geschäftliche Mitteilungen

Varieté Walterscheid

Wer einmal herzlich lachen will, sehe sich dieses neue, abwechslungsreiche, humoristische Programm an. U. a. wird der vom Theater a. D. Wien-Wien bekannte Operettenkomiker Armin Stein besonderes Interesse finden, sowie auch seine Kollegen Hermann Gutwald und Hellmuth Kreuzer. (Vergleiche Anzeige in der gestrigen Nummer.)

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

5. Klasse (Hauptziehung), 17. Ziehungstag.

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

21 470 21 505 21 506 38 020 38 042 42 268 62 730 83 116 108 524 114 260 114 278 114 296 114 354 114 375 171 101 201 590 205 798 205 841 205 860 213 408 213 427 231 045 231 303 231 317 231 337 341 843 341 923 348 106 348 116 348 186 357 413.

18. Ziehungstag.

17 040 37 915 37 933 37 948 62 732 62 752 62 753 62 766 63 408 83 788 112 767 114 347 158 634 158 640 164 064 164 075 164 356 164 363 189 593 201 566 205 835 208 189 213 445 218 195 224 603 231 326 232 559 234 353 234 355 240 829 308 944 341 925 369 877 370 580 377 301 377 328.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind nur noch, soweit der Vorrat reicht, zu haben. Bestellungen auf neue Lose zur 1. Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Tambourkorps, Gelsenkirchen.

Mittwoch abend 7.30 Uhr: Probe in der Lessingschule.

Ortsgruppe Buer.

Unser Kamerad Philipp Meyer ist gestorben. Zur Teilnahme an der Beerdigung treten die Kameraden am Mittwoch, dem 3. dieses Monats, nachmittags 3.45 Uhr, am Hedwigplatz an.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Gelsenkirchen.

Heute (Dienstag) um 20 Uhr: Probe des Männerchors im Metallarbeiterheim. — Freitag um 17 Uhr: Probe des Kinderchors. 19.30 Uhr: Probe des Frauenchors, ebenfalls im Metallarbeiterheim.

Nachdem Chormeister Esser vom Urlaub wieder zurückgekehrt ist, wird erwartet, daß sämtliche Proben pünktlich und von sämtlichen Sangesschwestern und -brüdern besucht werden.

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

Achtung, Vorstandsmitglieder der SPD.!

Am Dienstag, dem 2. dieses Monats, um 19 Uhr, in der Stadthalle Gelsenkirchen, Essener Straße:

Wichtige Vorstandssitzung.

Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Frauenversammlungen am Mittwoch, dem 3. ds. Mts.

Hüllen
um 4 Uhr, bei Nachbarschulte. Rednerin: Genossin Greising (Dortmund). Anschließend gemütliches Beisammensein.

Buer-Scholven
nachmittags 5 Uhr, bei Glos. Rednerin: Genossin Zingler. Anschließend gemütliches Beisammensein, musikalische und sonstige Vorträge.

Frauengruppe Erle 1.

Donnerstag, den 4. dieses Monats, um 16 Uhr, im Lokal Grünewald: Frauen-Wahlversammlung. Rednerin: Genossin Schreyer. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Ortsgruppe Erle.

Unser verstorbener Genosse Philipp Meyer wird am Mittwoch, dem 3. dieses Monats, um 16 Uhr, vom Trauerhause, Im Hirschwinkel Nr. 37, aus beerdigt. Die Genossinnen und Genossen sammeln sich um 15.45 Uhr am Hedwigplatz.

Frauengruppe Schalke.

Donnerstag, den 4. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Heiting: Frauenversammlung mit anschließendem Kaffeetrinken. Eintritt 20 Pfennig.

Der Vorstand.

SAJ — JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Aelterengruppe. Unsere Zusammenkunft heute (2. dieses Monats) fällt aus. Wir gehen dafür geschlossen zur Stadthalle zur Kundgebung der freien Gewerkschaften und der SPD. Professor Nölting spricht!

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Ausschreibung.

Die Gemeinnützige Baugenossenschaft „Vorwärts" e. G. m. b. H. zu Gelsenkirchen schreibt für ihr Bauvorhaben „Knappschaftshof" (II. Teil) auf dem Gelände an der Knappschafts- und Lazarettstraße folgende Arbeiten aus:

1. Erd-, Maurer-, Innen- und Außenputz, Eisenbeton, Zimmer-, Plattierungs-, Schmiede- und Dachdeckerarbeiten, Entwässerung und Kunststeinstufen.
2. Installations- und Klempnerarbeiten.
3. Schreinerarbeiten.
4. Anstreicherarbeiten.
5. Elektro-Installation.

Angebotsformulare zum Preise von RM. 4.00 für Titel 1 und je RM. 0.50 für Titel 2 bis 5 sind am 3. und 4. September abzuholen und ausgefüllt abzuliefern im Architektur-Büro der Fa. Carl Vorberg, Gelsenkirchen, Bochumerstraße 67

bis zum 9. September 1930.

Pläne können dort eingesehen und gegen Entrichtung einer Gebühr von RM. 1.50 pro Blatt bezogen werden.

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Vorwärts" e. G. m. b. H.

Plakate, Briefbogen
Briefumschläge
Geschäftskarten
Besuchskarten

DRUCK SACHEN
BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE

Sammelnummer 25841 Ringstr. 33

MAGGIs Erzeugnisse sind billig und preiswert

		sie kosteten vor dem Kriege RM	sie kosten heute RM
MAGGIs Würze	Tischflasche mit 40 g	—.35	—.40
	„ „ 80 g	—.65	—.70
	große Flasche „ 1400 g	6.—	6.50
MAGGIs Suppen	allgemeine Sorten der Würfel	—.10	einheitlich —.13
	besondere Sorten der Würfel	—.15	
MAGGIs Fleischbrühe	der Würfel	—.04	—.04

Qualität unverändert erstklassig

Der Neger mit dem Personalausweis

Bei der Ausbeutung der Schwarzen darf die Bürokratie nicht fehlen

In einer der letzten Nummern des „Amtlichen Anzeigers von Nordrhodesien" war zu lesen: „Alle männlichen Eingeborenen, die noch nicht in den Registern ihres Distriktes eingetragen sind, haben sich innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten der Verordnung in den mit der Registrierung beauftragten Büros zu melden. Die Eingeborenen der in der Verordnung erwähnten Gebiete müssen sich Personalausweise ausstellen lassen." Zusatz des Blattes: Die Begründung des Gesetzentwurfs gibt als Zweck dieser Verordnung an, daß sie die Eingeborenen daran hindern soll, sich der Arbeit zu entziehen.

Die Zivilisation marschiert. Sie marschiert also auch in Nordrhodesia, der englischen Kronkolonie in Ostafrika. Und mit der Zivilisation marschieren Personalausweise, Polizeibüros und Amtsanzeiger.

Die Kolonisatoren früherer Zeiten begannen ihre Herrschaft damit, daß sie sich die Herzen ihrer Untergebenen mit Schnaps und billigem europäischen Tand gefügig machten. Gegen wertlose Gegenstände, Abfallprodukte der europäischen Wirtschaft wurden die für Europa wichtigen und unentbehrlichen Rohprodukte eingetauscht. Half das Zuckerbrot nicht mehr, so folgte die Peitsche. Ganze Erdteile wurden auf diese Weise „erobert".

In der Geschichte aller modernen Kolonien lassen sich zwei aufeinanderfolgende Abschnitte feststellen: der erste, in dem die Kolonie nur als Rohstoffbasis des „Mutterlandes" dient, der zweite, in dem die Besitzer oder Nutznießer daran gehen, die Rohstoffe an Ort und Stelle zu verarbeiten, anstatt die Verarbeitung erst im Mutterlande vornehmen zu lassen. Dieser letzte Entwicklungsabschnitt fällt zusammen mit dem Beginn der Schaffung der zur Bearbeitung der Rohstoffe notwendigen Industrien in der Kolonie.

Während der Dauer der ganzen Periode, in der die Kolonie nur Rohstoffbasis ist, brauchen die Eingeborenen des Landes nicht notwendigerweise ihre Lebensform zu ändern, denn die Wirtschaftsform des Landes kann ja im Wesentlichen unverändert bleiben. Einschneidend macht sich die neue Herrschaftsform, unter der das Land steht, erst bemerkbar, wenn sich zu der politischen Neuregelung auch eine wirtschaftliche Revolution gesellt.

Die Industrie braucht Menschen. Und wenn nur Schwarze vorhanden sind, werden eben Schwarze von der Industrie aufgezogen. Schwarze, aber besonders Schwarze in Ländern, deren Kontakt mit kapitalistischen Wirtschaftsmethoden noch jung ist, gehen nicht gern in die Industrie, vertauschen nicht gern ihren Kraal mit dem elenden Negerviertel von Kapstadt oder Johannesburg, vertauschen nicht gern ihr geruhsames Leben mit der Existenz eines Proletariers der südafrikanischen Kohlenbergwerke oder einer Textilfabrik. Darum werden alle Mittel administrativer oder militärischer Art eingesetzt, um den Neger zum Arbeiten zu bringen. Die Begründung des Gesetzentwurfs, sagt der amtliche Anzeiger von Nordrhodesien, „gibt als Zweck der Verordnung an, daß sie die Eingeborenen daran hindern soll, sich der Arbeit zu entziehen". . . .

Die industriell neu erschlossenen Länder des afrikanischen Kontinents leiden an wachsendem Arbeitermangel. Den ständig steigenden Bedürfnissen einer sich in stets größerem Tempo vergrößernden Industrie wird die schwarze Bevölkerung des Kontinents nicht gerecht, denn sind die Löhne für schwarze Arbeiter niedrig, so sind die Arbeitsbedingungen noch schlechter.

Diese Zwangsmaßnahmen der verschiedenen Kolonialregierungen tragen nicht unwesentlich zur Verschärfung der politischen und sozialen Gegensätze bei, die heute in vielen, in den meisten Kolonien schwelen, und die sich in Südafrika, in Rhodesien und Kenia, in allen Teilen der großen Kolonialreiche in gelegentlichen, immer häufigeren blutigen Zusammenstößen geltend machen.

Vor seinem Kraal irgendwo in Nordrhodesien sitzt ein Neger, er hat nichts an als eine rote Badehose, die ihm sein Großvater vererbte und die der Großvater seinerseits von einem Missionar zusammen mit dem einzig wahren Glauben und im Austausch gegen den Schlangenkadaver, den er bis dato verehrte, entgegennahm. Nachdenklich sitzt der Enkel vor seinem Kraal, seine schwarze Stirn ist durch schwere Sorgenfalten gefurcht: wie stellt er es an, um den neuen Personalausweis ständig bei sich zu tragen, wo er geht und steht, wie es ihm der weiße Mann befahl?

Die Leiche Andrees in sehr schlechtem Zustand

Die Ikarustragödie im ewigen Eis

Stockholm, 1. September. (Drahtmeldung.) Der Leiter der Expedition, die die Leiche Andrees und seiner Begleiter auf der „Bratvaag" heimwärts führt, der Norweger Dr. Horn, hat Pressevertretern erklärt, daß die Gerüchte, nach denen die Leichen gut erhalten seien, leider sehr übertrieben sind. Der Kopf Andrees ist von dem Rumpfe völlig getrennt und von seinen Begleitern sind nur die Skeletts übrig. Andrees Leiche konnte man erst identifizieren, nachdem das Tagebuch in seiner Tasche gefunden worden war.

Man nimmt an, daß die Expedition Andrees infolge Ermattung untergegangen ist. Unter den gefundenen Gegenständen befindet sich sehr viel Munition, woraus man schließt, daß die Expedition Möglichkeiten zum Verproviantieren gehabt habe, aber wegen der Ermattung diese Möglichkeiten nicht ausnutzen konnte. Die Instrumentenkästen, die Dr. Horn gefunden hat, sind noch nicht aufgetaut und konnten bisher nicht geöffnet werden. Das Tagebuch ist ein einziger Eisklumpen; aber Dr. Horn glaubt, daß die meisten Aufzeichnungen entziffert werden können. Ein Berichterstatter meldet, daß das Buch nur eine Fortsetzung war und nur ein paar Seiten umfasse. Dr. Horn glaubt, daß noch weitere Funde auf der Insel Vitön gemacht werden können und schlägt eine neue Expedition in kürzester Zeit vor.

Der österreichische Professor Dr. Stern, der zur Zeit in Tromsö weilt, hat sich angeboten, die Gegenstände in natürlicher Farbe zu photographieren.

Schnellzug überfährt Automobil

München, 1. Sept. (Drahtmeldung.) Bei Laufen (Oberbayern) wurde gestern abend ein Automobil von dem Schnellzug Berlin—Berchtesgaden überfahren. Die beiden Insassen des Wagens, Frank Mangs aus Tetting und Anna Kuchlbauer aus Otting wurden getötet. Nach der bisherigen Untersuchung soll die ordnungsgemäß geschlossene Schranke wieder g öffnet worden sein.

Coste zum Fluge nach Neuyork gestartet

Paris, 1. September. (Drahtmeldung.) Der Flieger Coste ist mit seinem Flugzeug „Fragezeichen" um 10,55 Uhr zum Fluge nach Neuyork gestartet.

Schauspielertragödie

Wien, 1. September. (Drahtmeldung.) Pressemeldungen zufolge erschoß gestern vormittag der aus Berlin stammende Schauspieler Kurt Dähn aus Eifersucht die Schauspielerin Grete Maren in einem Walde bei Ischl. Dähn wurde alsbald von der Gendarmerie verhaftet und dem Gericht eingeliefert. Er bestreitet jede Mordabsicht und erklärt, er habe den Revolver ständig zu seinem Schutz bei sich getragen und im Verlaufe der Auseinandersetzungen mit Grete Maren impulsiv nach dem Revolver gegriffen, ohne in diesem Augenblick zu wissen, was er zu tun im Begriffe sei. Kurt Dähn war Mitglied des Theaters in der Josephstadt, Grete Maren, Schauspielerin an der Renaissance-Bühne.

Der 71. Todesfall in Lübeck

Lübeck, 1. Sept. (Drahtmeldung.) Durch einen weiteren Todesfall hat sich die Zahl der Opfer der Calmette-Katastrophe auf 71 erhöht. Als krank bezeichnet der Bericht noch 49 Säuglinge.

Eisenbahnunfall in London

London, 1. September. (Drahtmeldung.) Der Glasgower Schnellzug stieß heute morgen mit solcher Wucht gegen die Prellböcke des Londoner Bahnhofes Euston, daß der Lokomotivführer und der Heizer unter den Kohlenmassen, die von dem Tender heruntergerutscht waren, begraben wurden. 20 Reisende wurden mit mehr oder weniger schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Zwei Berliner in den Dolomiten abgestürzt

Bozen, 1. September. (Drahtmeldung.) Am Fuße der Nordwand des Rosengartens in den Dolomiten sind gestern nacht die Leichen der Berliner Alpinisten Hans Ritter und Fritz Streicher gefunden worden. Die jungen Touristen wollten am Sonnabend früh eine Besteigung der Rosengarten-Nordwand unternehmen. Beim Aufstieg glitt jedoch der vorangehende Tourist aus und stürzte die 400 Meter hohe Wand ab und riß im Sturz seinen Kameraden mit.

Italien-Rundflug 1930 beendet

R. Lusser wird Dritter

Der am Sonntag in Rom beendete Italienische Rundflug, bei dem in vier Tagen 3506 Flugkilometer zu bewältigen waren, ergab für die deutschen Farben einen schönen Erfolg. In der Gesamtbewertung belegte R. Lusser den dritten Platz, O. Nötz den 7. und Stein den 25. Platz.

4 Länderspiele der Arbeitersportler

Deutschland — Finnland im Fußball in Leipzig 4:0
18 000 Zuschauer

Nach zwei Niederlagen in Dresden 1:3 und in Chemnitz 1:2 der erste Sieg der deutschen Ländermannschaft. Und wie sich die deutsche Mannschaft schlug! . . . einfach großartig! Jeder Spieler gab sein bestes Können her und verhalf so zu einer technisch und taktisch vorzüglichen Einheit.

Die 2. Niederlage der Finnen. Deutschland siegte 4:0 vor 5000 Zuschauern

Im Fußballspiel in Braunschweig zeigte die deutsche Länderelf wiederum prachtvolle Leistungen. Die Finnen gaben ebenfalls einen gefährlichen Gegner ab, doch wurden sie kurz vor Schluß sichtlich nervös und hart.

Zugentgleisung bei San Franzisko

Bisher 11 Tote, 30 Verletzte

St. Louis, 1. September. (Drahtmeldung.) Auf der Strecke St. Louis—San Franzisko entgleiste heute 10 Meilen von San Franzisko der Luxusexpreßzug durch einen auf den Schienen liegenden Steinblock. Bei der Katastrophe, bei der sich drei Wagen vollkommen ineinanderschoben, sind bisher 11 Tote und über 30 Verletzte zu beklagen. Die Zahl der Toten dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch erhöhen, da viele Reisende noch unter den Trümmern liegen.

Anschlag auf den amerikanischen Luxusexpreß

St. Louis, 1. September. (Drahtmeldung.) Die vorläufige Untersuchung über das Eisenbahnunglück bei San Franzisko hat ergeben, daß verschiedene Steinblöcke von unbekannten Tätern gelegt worden sind, die mit dem Bahnverkehr vollkommen vertraut gewesen sein müssen. Außer den drei ersten Wagen hinter der Lokomotive, die durch die Wucht des Anpralls umgeworfen und vollkommen zertrümmert wurden, entgleisten noch fünf weitere Personenwagen.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

81) (Fortsetzung.)

Hugo Berolsheimer wird aufgerufen:

Der Vorsitzende stellt die Personalien fest und betont stärker, als vielleicht notwendig ist, die Konfessionslosigkeit des Angeklagten. Dann beginnt er:

„Dr. Berolsheimer — Sie haben gehört, wessen Sie beschuldigt werden. Sie haben in der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt, soweit Ihr eigenes Verschulden in Betracht kommt. Das heißt, Sie haben zugegeben, in acht Fällen Eingriffe vorgenommen zu haben, die durch das Gesetz verboten sind. Sie haben dagegen in Abrede gestellt, in dem einen Fall, der zum Tode eines Mädchens geführt hat, fahrlässig gehandelt zu haben. Sie haben es ferner abgelehnt, dem Untersuchungsrichter die Namen der sieben Mädchen zu nennen, die durch Ihre eigenen Aufzeichnungen belastet werden, und Sie haben es abgelehnt, den Namen des Arztes mitzuteilen oder die Namen der Aerzte, die Ihnen bei diesen Eingriffen assistiert haben. — Halten Sie das Geständnis aufrecht?"

„Jawohl!"

„Sie bekennen sich also schuldig des Verbrechens gegen das keimende Leben in acht Fällen?"

„Ich gebe zu, den Eingriff in diesen acht Fällen unternommen zu haben. Ich bestreite aber, daß es sich hier um ein Verbrechen handelt und bestreite deshalb, daß von Schuld die Rede sein kann!"

„Ich weiß, worauf Sie hinauswollen. Sie werden selbstverständlich Gelegenheit haben, Ihre Ansicht über die Erlaubtheit oder Nichterlaubtheit von Eingriffen, wie Sie sie vorgenommen haben, darzulegen, aber nicht jetzt. Das können Sie in Ihrer Verteidigungsrede, die Sie ja sicher halten wollen, nachholen. Für jetzt stelle ich fest, daß Sie die Eingriffe in den acht dem Gericht bekanntgewordenen Fällen zugeben. — Ist das richtig?"

„Jawohl!"

„Wir wollen zunächst also den gravierendsten Fall, den Fall der Juscha Lehner, vorwegnehmen. Wollen Sie dem Gericht sagen, was da geschehen ist?"

„Ich habe an Juscha Lehner, die sich im dritten Monat der Schwangerschaft befand, einen Eingriff vorgenommen. Es ist nichts Notwendiges versäumt worden. Und wenn das Mädchen nicht zu früh aufgestanden wäre und sich eine schwere Erkältung zugezogen hätte, dann wäre es bestimmt nicht gestorben."

„Das ist Ihre Meinung. Aber wir wollen den Fall ein wenig näher erörtern. — Haben Sie die Juscha Lehner schon früher behandelt?"

„Nein."

„Auch nicht früher gekannt?"

„Nein!"

„Wie ist sie dann zu Ihnen gekommen — es war doch nicht sehr naheliegend, daß das Mädchen, das im Westen wohnte, einen Arzt im Norden aufsucht, den sie nicht kennt! — Hat sie jemand zu Ihnen gebracht?"

„Ich gebe darüber keine Auskunft!"

„Das können Sie halten, wie Sie wollen, aber ich gebe Ihnen zu bedenken, daß das Verschweigen Ihrer Mitschuldigen keinen sehr günstigen Eindruck erwecken wird. — Das Mädchen kam also zu Ihnen und teilte Ihnen mit, daß es sich in anderen Umständen befinde, und daß es die Frucht beseitigen lassen wollte — war das so?"

„Es war ähnlich."

„Das ist keine Antwort, wie sie das Gericht verlangen kann. Sie sollen ausführlich schildern, was sich in Ihrem Ordinationszimmer abgespielt hat. Wie soll denn das Gericht den Grad Ihrer Schuld erkennen, wenn Sie nur in ganz allgemeinen Ausdrücken von den Vorgängen sprechen?"

„Herr Vorsitzender — das Gericht ist da, um mich zu verurteilen. Ich stelle gleich jetzt fest, daß ich mich über den Ausgang der Verhandlung nicht den mindesten Illusionen hingebe. Ich lehne es ab, detaillierte Schilderungen zu geben. — Juscha Lehner ist zu mir gekommen; ich habe die Schwangerschaft festgestellt, und ich habe außerdem festgestellt, daß das Mädchen sich in einer hocharadigen Erregung befand. Daraufhin habe ich mich bereit erklärt, den Eingriff vorzunehmen. Das ist geschehen unter Beobachtung aller nötigen Vorsicht. Weiter ist darüber nichts zu sagen."

Der Vorsitzende macht eine kleine Pause und sieht den Angeklagten mit einem strafenden Blick an. Leichte Bewegung im Publikum; man scheint über den Angeklagten, der sich über Details nicht auslassen will, ein wenig empört zu sein.

„Sie haben sich", fährt der Vorsitzende fort, „eine falsche Taktik zugelegt. Sie scheinen der Meinung zu sein, daß, da Sie doch verurteilt werden, — daß Sie es werden, darüber sind Sie sich ja klar, — es gleichgültig sei, wie Sie sich hier benehmen. Sie stellen von Anfang an eine Art Kriegszustand zwischen dem Gericht und sich her und wollen sich, wie es scheint, als den Märtyrer veralteter Institutionen und Rechtsbegriffe aufspielen. Das ist sehr ungeschickt! Das Gericht hat nicht nur festzustellen, ob Sie die Taten begangen haben oder nicht, es hat auch zu eruieren, unter welchen Umständen das geschah. Es hat festzustellen, was Ihre Straftat erschwert, und was eventuell, wenn nicht zu Ihrer Entschuldigung, so doch zu Ihren Gunsten spricht. Das Gericht ist nicht eine Verurteilungsmaschine, wie Sie vielleicht glauben, sondern eine Institution, die weder für noch gegen den Angeklagten ist, sondern nur das genaue Maß des Verschuldens festzustellen hat. Nicht mehr und nicht weniger! Ich ersuche Sie in Ihrem Interesse, das zu beachten und dem Gericht dieses genaue Abwägen nicht durch Ihren vollständig unangebrachten Trotz unmöglich zu machen. — Wollen Sie also über den Fall Juscha Lehner genauere Auskunft geben?"

„Herr Vorsitzender — ich bedauere: ich kann und will es nicht. Es gibt hier nichts zu erzählen. Das Mädchen kam, ich stellte ihren Zustand fest und gelangte zu der Ueberzeugung, daß die Juscha Lehner infolge ihrer hochgradigen seelischen Erregung viel mehr gefährdet war, wenn ich sie wieder wegschickte, als wenn ich den Eingriff vornahm."

„Haben Sie an Juscha Lehner außer der Schwangerschaft eine körperliche Erkrankung festgestellt?"

„Nein!"

„Die Juscha Lehner war also vollständig gesund, als sie zu Ihnen kam, und nach acht Tagen war sie tot. — Wenn ich Sie recht verstehe, haben Sie den Eingriff aus Mitleid unternommen. — Ist das richtig?"

„Das ist richtig."

(Fortsetzung folgt.)

Was haben die Fürsten gekostet?

Immer wieder kann man auch in diesem Wahlkampf das Gerede hören von der **„billigen Monachie und der teuren Republik"**.

Dagegen hilft nur ein nüchterner zahlenmäßiger Vergleich.

Es erhielten 1914:

König von Preußen Kronfideikommisrente	7 719 926 ℳ
Zuschüsse	10 000 000 ℳ
insgesamt	17 719 926 ℳ
Im Etat für 1914 finden sich noch mehrere Millionen an Posten für Theaterbauten, die eigentlich die Krone zu zahlen hätte. Nach E. Friedegg „Millionen usw." traten zu diesen 17,7 Millionen vom preußischen Staat hinzu 900 000 ℳ Bankzinsen und 3 500 000 ℳ Pacht- und Grundertrag, zusammen 22 100 000 ℳ.	
Den Kronschatz schätzte er auf 175 Mill. ℳ.	
König von Bayern	5 400 000 ℳ
Außerdem (1915) Apanagen, d. h. Gelder an Angehörige	1 465 734 ℳ
König von Sachsen 3 778 877 ℳ, Apanagen 629 000 ℳ, insgesamt	4 407 877 ℳ
(Privatvermögen nach **Friedegg außerdem** 30 Millionen.)	
König von Württemberg 2 150 000 ℳ, Apanagen 257 000 ℳ, insgesamt	2 407 000 ℳ
Großherzog von Baden 1 589 983 ℳ, Apanagen 150 000 ℳ, insgesamt	1 739 983 ℳ
Großherzog von Hessen mit Apanagen	1 841 412 ℳ
Großherzog von Oldenburg	665 000 ℳ
Großherzog von Sachsen-Weimar	1 020 000 ℳ
Herzog von Braunschweig	1 125 322 ℳ
Herzog von Sachsen-Meinigen	814 765 ℳ
Herzog von Anhalt	990 000 ℳ
Herzog von Coburg-Cotha, Herzog von Sachsen-Altenburg wechselnde Erträgnisse aus Kammergütern,	
Fürst von Schwarzburg-Sondershausen	515 034 ℳ
Fürst von Reuß voller Domänenertrag,	
Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt	336 667 ℳ
Fürsten von Lippe	500 000 ℳ
Die nicht genau zu ermittelnden Zivillisten und Staatseinkünfte der obigen Aufstellung (Altenburg, Reuß, ferner beide Mecklenburg usw.) schätzungsweise	5 000 000 ℳ
Statthalter von Elsaß-Lothringen bezog 334 305 ℳ. Hierzu schätzungsweise volle **Steuer- und Portofreiheit der 22 Fürsten, auch für Warensendungen der Jagd- usw. Produkte**	5 000 000 ℳ
	50 948 720 ℳ

Und heute?

Das Reich wendet für seine republikanische Spitze folgende Summen auf: Der **Reichspräsident** bezieht ein Gehalt von **60 000 RM. und eine Aufwandsentschädigung von 120 000 RM. Dazu kommen noch einige Fonds zu freier Verfügung; im ganzen erhält er 255 000 RM. Der Reichskanzler** und die **8 Reichsminister beziehen zusammen rund 400 000 RM. Der Reichstag erfordert 6 773 000 Reichsmark. Das sind alles in allem nicht ganz 7½ Millionen RM. Nun die Unkosten der Länderregierungen.** Die **Gesamtkosten für die Minister, die Parlamente, und die Vertretung im Reichsrat** sämtlicher **Länder betragen 15 Millionen RM. Nehmen wir nur die Ministergehälter und die Unkosten der Parlamente, so bleiben rund 13 Millionen RM.** Auch in dieser Summe stecken noch **die Gehälter der Senatoren der Reichsstädte Hamburg, Bremen und Lübeck** und ihre **Bürgerschaftsvertretung mit 1 122 000 RM.,** die man doch nur zum kleinsten Teil als **besondere Staatsausgaben** ansehen kann. Mit 20 **Millionen** sind also **die Aufwendungen für die republikanische Vertretung des Staatsgedankens in Deutschland erschöpft.**

Also: **Die Republik wird mit einer Führung,** die uns kaum 20 Millionen **kostet, regiert, während man** früher 51 Millionen allein für die **Privatbedürfnisse der deutschen Fürsten** (ohne Regierungen und Parlamente) **hinausgeworfen** hat!

Die **Antwort** auf das blöde Gerede ist also **nur** der Stimmzettel:

Liste 1!

Nationalsozialistische Rowdys

überfallen Gewerkschaftshaus

Altenburg, 1. Septbr. (Eig. Drahtber.) Ein **Versuch** nationalsozialistischer Rowdys in das Altenburger Gewerkschaftshaus **einzudringen, konnte von Reichsbannerleuten** vereitelt werden. Allerdings kam es zuvor zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf **mehrere Reichsbannerleute verletzt wurden. Die** Nationalsozialisten **waren mit Hieb- und Stichwaffen ausgerüstet. Als Polizei erschien, ergriffen sie tapfer die Flucht.**

Das Urteil im Opel-Prozeß

Darmstadt, 1. Sept. (Drahtmeldung.) **Wegen der** Ausschreitungen im Rüsselsheimer **Betrieb der Firma Opel** wurde heute **der Angeklagte Junge wegen Hausfriedensbruches** zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die erlittene **Untersuchungshaft** für verbüßt gelten. Der hessische Landtagsabgeordnete Sumpf erhält wegen Land- und **Hausfriedensbruches** drei Monate zehn Tage Gefängnis, Maurer wegen **Nötigungsversuch** zwei Monate Gefängnis abzüglich vier Wochen **Untersuchungshaft,** Weidenauer wegen Aufforderung zum **Landfriedensbruch** drei Monate Gefängnis abzüglich fünf **Wochen Untersuchungshaft, Albus und Treusch** wegen schweren **Landfriedensbruches** je 6 Monate Gefängnis, **Griff wegen Hausfriedensbruches** eine Woche Gefängnis und der preußische Landtagsabgeordnete Oskar Müller wegen Hausfriedensbruches zwei **Wochen** Gefängnis. Die Angeklagten **Bickelhaupt,** Hahn und Henrich wurden freigesprochen.

Einer beschuldigt den andern

Der Bombenleger-Prozeß

Altona, 1. September.

Am heutigen fünften Tag des **Bombenleger-Prozesses** stellte der **Vorsitzende** zu Beginn das tägliche Fehlen einiger Angeklagter fest und wies darauf hin, daß es im eigenen Interesse der Angeschuldigten liege, die Verhandlungen genau zu verfolgen und daß etwa dadurch entstehende Nachteile sie selbst treffen müßten. Darauf begann wieder die Verlesung von Protokollen, die mit den Angeklagten aufgenommen worden sind. Die Angeklagten selbst verweigerten eine Aeußerung zu diesen Protokollen.

In den Protokollen über die Vernehmungen des Angeklagten Bruno v. **Salomon** hat dieser ausgesagt, er sei an den Attentaten nicht beteiligt gewesen und habe auch keine Kenntnis davon gehabt. Insbesondere hat er, obwohl er zugegeben hat, gesinnungsmäßig durchaus auf demselben Boden zu stehen, bestritten, in die Pläne des Klaus Heim eingeweiht gewesen zu sein. Auch er verweigerte heute jede weitere Aussage. Das Gericht kam nun zu den früheren Aussagen des Angeklagten **Hamkens.** Er ist Geschäftsführer und Teilhaber der Zeitung „Das Landvolk" G. m. b. H. Er befand sich angeblich dauernd auf Agitationsreisen und wollte nichts von der Sache wissen. Hamkens will mehrfach versucht haben, Heim von Gewaltakten zurückzuhalten. Sein persönlicher Eindruck ist der: Heim und Volck haben mindestens die ersten Bombenanschläge aufgezogen.

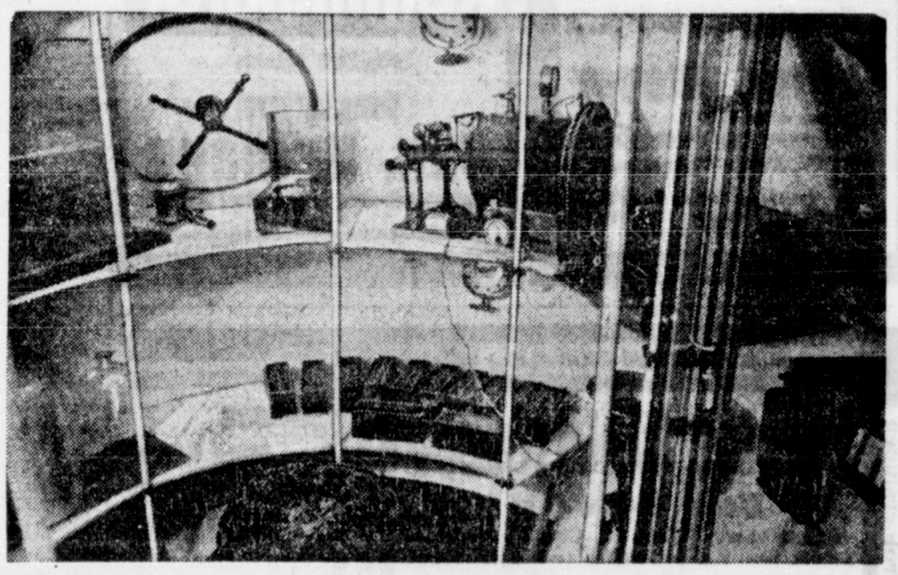
Es folgt die Verlesung der Vernehmungsprotokolle betr. den Angeklagten Klaus **Heim,** Hofbesitzer in Sankt Annen-Oesterfeld und Führer der Landvolkbewegung. Er hat jede Mitwisser- und Mittäterschaft strikt in Abrede gestellt. Er behauptete, für „terroristische Unternehmungen" absolut nichts übrig zu haben, bestritt Geldgeber in der Bombensache gewesen zu sein und sagte, es wäre ihm völlig rätselhaft, wie seine Freunde dazu kamen, ihn in solcher Weise zu belasten. Angesichts der übrigen Geständnisse und des sonstigen Beweismaterials verweigerte Heim die weitere Aussage.

Rechtsanwalt Graf v. d. **Goltz** beantragte, Frau **Ilse von** Oertzen geb. Neumann zu laden. Sie soll im Dienste der Polizei stehen, den Angeklagten Volck bespitzelt, an den Ermittlungen teilgenommen, aber auch sonst vorher von den Anschlägen gewußt haben. Sie soll sich ferner an den verschiedenen Besprechungen beteiligt haben, also gewissermaßen als staatlicher Agent provokatorisch gewirkt haben.

Ueber diese Frau v. Oertzen wurde in der Pause verbreitet, sie gehöre zu den ersten Kräften der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums und habe zu dem Angeklagten Volck freundschaftliche Beziehungen unterhalten, die sie geschickt ausnutzte, um die Landvolkorganisation wie auch die Bombenlegerverschwörung bis in die letzten Einzelheiten kennen zu lernen und aufzudecken. Frau v. Oertzen soll bereits mehrfach in ähnlichen Angelegenheiten eine wichtige Rolle gespielt haben.

Nach der Pause erklärte Oberstaatsanwalt Dr. Gollnick, die Annahme, Frau v. Oertzen sei als agent provokateur tätig gewesen, für abwegig und beantragte darum die Ablehnung des Antrages der Verteidigung. Das Gericht zog sich zur Beschlußfassung über den Beweisantrag zurück und gab dann folgenden Beschluß bekannt: **Frau Ilse v. Oertzen soll als Zeugin geladen werden.**

Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag vormittag vertagt.



Das Innere der großen Aluminiumkugel, die Professor Piccard bei seinem Ballonaufstieg in unerreichte Höhen als Gondel dient. Der Aufstieg Professor Piccards soll bereits in den nächsten Tagen stattfinden.

Englischer Gewerkschaftskongreß

Präsident Beard über die Gegenwartsaufgaben der Arbeiterregierung

London, 1. September. (Eig. Drahtbericht.)

Im Schatten der schwersten Wirtschaftskrise hat der britische Gewerkschaftskongreß am Montag seine Arbeiten aufgenommen. Wenn trotzdem der Geschäftsbericht zum ersten Male seit dem Generalstreik im Jahre 1924 einen bedeutenden Mitgliederzuwachs feststellen kann, so zeugt das deutlich für die Kraft der englischen Gewerkschaftsbewegung. Sie wurde gleichzeitig veranschaulicht durch einen alten Gewerkschaftler, der am Montag als Bürgermeister von Nottingham, die Delegierten begrüßte, und sie wird deutlich durch die Stellungnahme der bürgerlichen Presse. Von der „Times" bis zum letzten Abendblatt widmeten sämtliche Zeitungen am Montag dem Kongreß ihren Leitartikel. Da dem Gewerkschaftskongreß im Oktober der große Parteitag der Labour-Party folgen soll, so stehen diese Tagungen im Mittelpunkt des politischen Interesses.

Der **Kongreß wurde** eröffnet durch den Präsidenten **Beard,** den Führer der Transport- und Verkehrsarbeiter. Nachdem er die Tagesordnung mitgeteilt hatte, verwies er auf die großen sozialistischen Zukunftsideale. Marton, der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei, hat vor einigen Tagen öffentlich erklärt, daß nach seiner Ansicht der Sozialismus innerhalb 25 Jahren zu verwirklichen sei. Ohne den Namen Martons zu erwähnen, klang es wie eine **direkte Antwort, als** Beard unter tiefem Schweigen der 700 Delegierten vor einer solchen Illusion warnte, die das Wort Sozialismus zu einem hohlen und inhaltsleeren Schlagwort degradieren müßte.

Die Gegenwartsaufgabe der Arbeiterbewegung und der Labour-Party sei es, den Weg zum jenseitigen Ufer auszubessern, ohne daß der Verkehr stillstehe und das Leben erlahme. Diese Aufgabe verlange aber die gesammelte und vereinigte Kraft der Arbeiterbewegung.

Im Gegensatz hierzu stehen jedoch die Taten einer Reihe von Arbeitervertretern des Unterhauses. Ihre Reden und Handlungen seien nicht zu entschuldigen und gewisse taktlose und würdelose parlamentarische Szenen wären nur geeignet, jene Massen abzustoßen, die keine Mühe und keine Opfer während des Wahlkampfes gescheut hätten.

Zum Schluß sprach er sein Vertrauen zum Führer der Labour-Regierung, zu Ramsay Macdonald, aus. Nachdem dem Präsidenten der Dank der Delegierten für seine Rede ausgesprochen worden war, begann die Besprechung gewerkschaftlicher Organisationsfragen, mit denen der erste Arbeitstag abgeschlossen wurde.

Die Nordregierung

in Peking konstituiert

Peking, 1. Sept. (Reuter.) Der Zentralexekutivrat der Nordprovinzen hat heute nachmittag eine Vollsitzung abgehalten und die Nordregierung als Rivalin der Nankingregierung endgültig eingesetzt. Es wurde ein aus sieben Mitgliedern bestehender Staatsrat gebildet, dem Jenhsischan als Vorsitzender sowie Fengjuhsiang und Tschanghsuehliang angehören.

Der Ozeanflug Costes

WTB. Paris, 1. September. (Drahtmeldung.) Das Luftfahrtministerium gibt um 23,15 Uhr folgende Meldung aus Le Havre bekannt: Stehen in Verbindung mit Flugzeug Costes, das sich um 18,20 Uhr 51,20 Grad nördlicher Breite und 16 Grad westlicher Länge, etwa 600 Kilometer westlich von Irland befindet. Schnelligkeit 185 Kilometer. Ostwind, Stärke 4, nebliges Wetter.

Paris, 1. September. Nach einer Havasmeldung aus London haben die französischen Ozeanflieger Costes und Bellone 15 Uhr 49 Minuten Greenwicher Zeit die Ortschaft Kilrush (Irland) überflogen. Das französische Luftfahrtministerium hat sich mit dem Washingtoner Marinedepartement ins Benehmen gesetzt. Sämtliche amerikanischen Funkstationen und die auf See kreuzenden amerikanischen Schiffe sind mit entsprechenden Anweisungen versehen worden.

Eifersuchtsdrama in Bukarest

WTB. Bukarest, 1. September. (Drahtmeldung.) Eine der bekanntesten Schauspielerinnen des Bukarester Nationaltheaters, Helene Pariziano, die Gattin eines höheren Beamten der Staatspolizei, feuerte heute abend im Verlaufe einer Eifersuchtsszene in der ehelichen Wohnung aus der Dienstpistole ihres Gatten mehrere Schüsse gegen diesen ab. Sodann richtete sie die Waffe gegen sich selbst. Sie traf sich in die Herzgegend und brach tot zusammen. Die Verletzungen des Gatten sind nicht lebensgefährlich.

131 Verhaftungen

Budapest, 1. Sept. (Drahtmeldung.) Die Polizei hat 131 Personen festgenommen, die als die Führer der heutigen Ausschreitungen angesehen werden. Gegen sie wird ein Strafverfahren eingeleitet werden.

Am Sonntag, den 31. 8. 1930 verschied nach langem, schweren mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel, der wohlachtbare

Philipp Meyer

im Alter von 49 Jahren.

In tiefer Trauer:

Familie Meyer
nebst Angehörigen

Gelsenkirchen-Buer, Elberfeld, Darmstadt, Frankfurt a. M., Brasilien, 2. 9. 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. 9. nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause „Im Hirschwinkel 37" in Buer-Erle aus, statt.

EIN OFFENES WORT AN ALLE

LUISE
OTTO

§

VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen

136. bis 145. Tausend.

Preis für das mit vielen Abbildungen versehene Büchlein nur 0.80 RM.

Zu haben bei den Zeitungsboten oder in der

Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen
Ringstraße 33

S.P.D. Gelsenkirchen
Ortsgruppe Erle I

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere Mitglieder vom Tode unseres Genossen

Philipp Meyer

in Kenntnis zu setzen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Zur Beerdigung treffen sich die Genossinnen und Genossen am Mittwoch nachm. 3.45 Uhr am Hedwigplatz

---

Echtes
Kommißbrot
täglich frisch
Dampfbäckerei
Jak. Humann
Bismarckstr. 134 - Ruf 23435
— Verkaufsstellen werden eingerichtet —

Weingroßhandlung

Probierstuben

Forster's Weinstuben
Zur Bowle:
Weißweine von 70 Pfg. an. Obst- u. Traubensekte. — Krankenweine — Spirituosen
Verlangen Sie gefl. Preisliste

Glasweiser Ausschank

Luitpoldstraße 24

Inserieren
bringt Gewinn

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

Lebensmittel!

für die sparsame Hausfrau

Speck fett, geräuchert hiesige Ware Pfund	**0.95**	Junge große Bohnen 1/1 Dose	**0.72**
Rotwurst Pfund 0.95	**0.50**	Gelbe Erbsen Pfund	**0.19**
Leberwurst Pfund 0.95	**0.50**	Grüne Erbsen Pfund	**0.20**
Delikateß-Sülze Pfund	**0.60**	Braune Bohnen Pfund	**0.19**
Schweinskopf in Gelee Pfund	**0.80**	Linsen Pfund	**0.26**
Fleischwurst Pfund	**1.10**	Bruchreis Pfund	**0.18**
Brühwürstchen Pfund	**1.20**	Vollreis Pfund	**0.19**
Prima westf. Plockwurst Pfund	**1.45**	Kornkaffee 2 Pfund	**0.45**
Prima westf. Cervelatwurst Pfund	**1.80**	Malzkaffee 2 Pfund	**0.45**
Frisch geräucherte Bücklinge Pfd.	**0.35**	Fischfilet bratfertig, Pfd.	**0.30**
Feine Molkereibutter leicht gesalzen Pfd.	**1.55**	Mainzer Käse Rolle = 6 Stück	**0.12**
Feinste holl. Molkereibutter Pfund	**1.75**	Haushalt-Käse ca. 1/2-Pfund-Block	**0.35**
Rhein. Apfelkraut 5 Pfund-Eimer	**1.85**	Kochkäse 1-Pfd.-Dose	**0.50**
Erdbeer-Konfitüre 2 Pfund-Eimer	**1.35**	Tilsiter Käse halbfett Pfund	**0.65**
Johannisbeer-Gelee 2 Pfund-Eimer	**1.25**	Holländer Käse vollfett, 40% Pfund	**0.85**
Vierfrucht-Marmelade 2 Pfund Eimer	**0.85**	Edamer Käse vollfett Pfund	**0.85**
Ia. Salatöl helles Liter	**0.58**	Alsbergs Alten Münsterl. Korn Preise ohne Glas 1-l-Fl.	**2.75**
Ia. Erdnußöl Liter	**0.76**		**2.85**
Alsbergs Kaffee frisch gebrannt Spezial-Mischung Pfund	**2.95**	Kakao garantiert rein Pfund 0.95	**0.65**
Santos reinschmeckend Pfund	**1.95**	Schokoladen-Pulver Pfund	**0.95**
		Schwarzer Tee Pfund 4.80, 4.20	**3.50**

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

Selten günstiges Angebot!

Wir konnten aus den Restbeständen einer zusammengebrochenen Firma einen Posten

Storm, Gesammelte Werke

4 Bücher in vornehmen Halbleder-Einbänden übernehmen. Wir bieten die Werke dieses hervorragenden Erzählers den Freunden guter Bücher für zus. nur **10.-** an. Dieser niedrige Preis kann in 5 Raten à 2.— Mk. alle 14 Tage bezahlt werden. Sie müssen aber

sofort bestellen,

denn dieses Angebot gilt nur solange, wie unser Vorrat reicht.

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen **Ringstraße 33**

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt „Storm, Gesammelte Werke" 4 Bände in Halbleder gebunden, zum Vorzugspreise von zusammen nur **10.**— Mark gegen bar — gegen Raten. Die Raten sollen durch Zeitungsboten kassiert werden.

Name _____ Beruf _____

Adresse _____

Zur glücklichen Geburt
empfehle Kinder-Wagen
Sitzliegewagen
mit Verdeck Mk. 39.50
Promenaden-Wagen
. . . . . Mk. 59.00
Naehter / Brennabor / Germania
Möbelhaus Cohn
Vereinsstraße, Ecke Augustastraße

Tüchtige Stenotypistin

gesucht. Bewerbungen bis zum 5. September auf dem Büro des Gesamtverbandes **Gelsenkirchen, Overwegstraße 47.**

Schuhe
gut und
billig
in großer
Auswahl
kaufen Sie in der
Schuh-Halle
J. Nußbaum
nur
Kirchstr. 28
Beachten Sie bitte meine 10 Schaufenster!

Grewer Mischungen

25% feiner Santoskaffee . . . Pfd. RM 0.80
50% feiner Santoskaffee . . . „ RM 1.35
50% feiner Centralamerikaner „ RM 1.50

Erhältlich bei vielen Lebensmittelhändlern oder beim Kaffee-Grewer, Gelsenkirchen, Kreuzstr. 11 — Buer, Marienstr. 12

Nach eigenen, modernen Entwürfen liefern wir gute, saubere Drucksachen

BUCHDRUCKEREI VOLKSWILLE

Ringstraße 33 ■ Sammel-Nr. 25841